

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 25. November 1926.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (inkl.)

6. Jahrgang.

Nr. 275.

Der Cyrill, Stimmvieh und anderes.

Seit Wochen beschäftigt die Eisler-Godza-
Affäre die Öffentlichkeit. Empörung, Abscheu,
Ekel und Widerwillen steigen in der Bevöl-
kerung mit jedem Tage und mit jeder neuen
Enttüllung in dieser trotz allem noch in Dun-
kel getauchten Skandalaffäre. Eben wurde im
Abgeordnetenhaus die Debatte über den Vor-
anschlag zu Ende geführt, aber für sachliche
oder allgemein politische Reden hatte weder
im Hause noch draußen jemand Interesse, denn
die immer höher steigenden Schmutzwagen des
neuesten Skandals haben alles Interesse abfor-
siert.

Die Regierung aber schweigt. Eines ihrer
Mitglieder wird gar nicht mehr verblümt mit
dieser Affäre in Verbindung gebracht, ja ge-
radezu als ihr Hauptakteur bezeichnet. Aber die
Regierung bleibt stumm und hält es weder für
notwendig, den schweigsamen Minister
zur Verantwortung zu ziehen, noch sich von
dem sehr begründeten Verdacht, an der Ver-
wischung der Spuren der Schuldigen arbeiten
reinzumischen.

Die Augen der Leser der Zeitungen wer-
den täglich geblendet von den Reizsummen,
um die das Spiel geht. Mit Millionen wird
wie mit Geldern herumgeworfen. Hat schon
jemand von den Verantwortlichen im Staate
daran gedacht, welche Wirkung von solchen
Skandalen auf die Bevölkerung ausstrahlen
muß? Bürgerliche Minister, Politiker, Bi-
schöfe und Priester scheinen verwickelt zu sein,
sind es sicher auch — welche Vorstellungen
müssen bei dem einfachen Volk draußen am
Rande nicht nur über diese Affäre, sondern auch
über die Regierung und den Staat entstehen,
wenn er sieht, daß das kleinste Vergehen, Po-
lizei, Staatsanwalt und Gericht in Bewegung
setzt, daß aber, wenn es sich um Personen han-
delt, die der Krone der Gesellschaft angehören,
weder die Justiz, noch die Regierung in Auf-
regung gerät.

Arme Arbeitslose irren, verzweifelt nach
Beschäftigung suchend in den Straßen umher,
Arbeiter und Angestellte, deren Verdienst so
dürftig ist, daß er kaum zur Stillung des
Hungers ihrer Familien ausreicht, was müs-
sen alle diese von Not und Sorgen gequälten
Menschen von den Großen und Mächtigen im
Staate denken, die, wie er erfährt, die dunkel-
sten Geschäfte machen, im Handumdrehen
hunderttausende Kronen verdienen und sich
sogar die Befehlsgewalt dienstbar zu machen
wissen?

Die Eisler-Godza-Affäre ist ja nicht die
einzige, um die es geht. Ein tschechisch-sozial-
demokratisches Blatt hat dieser Tage geschrie-
ben: „Die Tschechoslowakische Republik ist ein
verhältnismäßig kleiner Staat, aber an Affä-
ren haben wir hier mehr als ein Hundertmillio-
nen-Staat. Während wie eine schwere Wirt-
schaftskrise durchleben, jagt eine häßliche Affäre
die andere, die, wenn wir sie ins Ausland ex-
portieren könnten, und wenn dort nach ihnen
Nachfrage wäre, unsere Handelsbilanz mit
einem großen Plus abschließen würden. Die
Vollstaaten, wo doch niemals eine Not um
Affären, Korruption oder Skandale war, er-
bleichen vor Neid, denn es scheint, daß in die-
ser Sache unsere kleine Republik das Primat
übernehmen will.“ In kurzer Zeit verzeichnet
der Chronist nicht weniger als fünf Affä-
ren. Ihre Namen sind Godza, Stříbrný,
„Korva“, Salda und Eisler-Godza, wofür letz-
tere aber einen ganzen Mattenschwanz von
Affären zum Inhalt hat.

Die Regierung aber schweigt. Der
Schmutz steigt haushoch, doch die in allen ihren
Moral- und Rechtsbegriffen erschütterte Bevöl-
kerung ist auf das Käsekrumen angewiesen.
Wer ist der Verfasser und wer der Urheber der
Der Cyrill? Das ist heute noch ebenso unklar,
wie am ersten Tage nach dem Bekanntwerden
der Tatsache, daß eine Gesetzesbestimmung eigens
zu dem Zwecke geschaffen wurde, um eine ein-
zelne Person, allerdings um die eines auslän-

Aufgedeckte Butschpläne der Deutschnationalen aus den Jahren 1923 bis 1925.

Fortsetzung der außenpolitischen Debatte im Reichstag.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) In der gestrigen Sitzung des Reichstages hatte der Reichswehrminister Gessler behauptet, daß in der ihm überreichten Denkschrift des Hochmeisters des jungdeutschen Ordens, Marcan, nichts gestanden habe, was er nicht schon früher gewußt hätte. Marcan teilt nun der Presse den Inhalt der Denkschrift mit. Es geht daraus hervor, daß rechtsradikale Kreise in den Jahren 1923 bis 1925 Butschversuche vorbereitet haben. Ein General hätte 1923 Truppen gegen die Franzosen erworben. Zunächst hätten die Rheinbrücken und französische Munitionsvorräte in die Luft gesprengt werden sollen. Dann wollte man im Bunde mit Rußland Polen überfallen, um später mit Rußland gemeinsam Krieg gegen Frankreich zu führen. Die Denkschrift habe also nachgewiesen, daß nationale Kräfte und Organisationen zu landesgefährlichen außenpolitischen Abenteuern verwendet werden sollten.

In der heutigen Sitzung des Reichstages gab der Reichswehrminister zu, daß er von diesen Dingen gewußt habe. Der erwähnte General sei General von Watters, der geradezu wahnsinnige Pläne gehabt habe. Das Reichswehrministerium sei diesen Plänen sofort entgegengetreten. Watters wurde abgesetzt und wird seither überwacht. Die Reichswehr habe mit den betreffenden Organisationen nicht das mindeste zu tun gehabt.

Somit wurde im Reichstag die außenpolitische Debatte weitergeführt. Sie erreichte ihren Höhepunkt mit einer ungemein eindrucksvollen Rede des Sozialdemokraten Hermann Müller. Er stellte fest, daß eine deutsche Außenpolitik, deren Ziel die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich und damit die Befriedung Europas ist, von der deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Internationale seit Jahren gefordert und vorbereitet worden sei. Der Redner erwartet, daß die interalliierte Militärkontrolle bald der allgemeinen Abrüstung Platz machen und die Besetzung des Rheinlandes aufgehoben werde, womit der Weg zu einer dauernden Ausöhnung der Völker Europas frei sein wird. Genosse Müller verlangte vom Reichswehrminister, gegen jede Verbindung der Reichswehr mit den Wehrverbänden aufs schärfste vorzugehen und versprach dem Reichstag diesbezüglich bald reichhaltiges Material anzugehen zu lassen.

Dann hielt der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning für das Zentrum eine große Rede, in der er sich mit Nachdruck für die Sicherung der republikanischen Verfassung Deutschlands und die Verständigung der Völker einsetzte.

Der Deutschnationale von Freytag-Loringhoven folgte der Regierung die Opposition wegen deren Außenpolitik an.

Ein Sprachentoni in der französischen Kammer.

Paris, 24. November. (Sch. P. B.) Die Kammer verhandelte heute das Budget von Clah-Bohringen. Der kommunistische Abgeordnete Hueber wollte im klassischen Dialekt eine Rede halten, doch entzog ihm der Kammervorsitzende das Wort mit dem Hinweis darauf, daß die Geschäftsordnung der französischen Kammer nur die französische Sprache zulasse. Es kam zu einem lebhaften Zwischenfall und zu einem Zusammenstoß zwischen den Kommunisten und Ministerpräsidenten Poincaré. Der sozialistische Deputierte Beill macht darauf aufmerksam, daß der Deputierte Hueber die französische Sprache nicht beherrscht und bereits in früheren Jahren in der Kammer in seinem Heimatdialekt ge-

sprochen habe. Er fordert daher, daß dem Depu-
tierten Hueber das Wort erteilt werde. Der Vor-
sitzende läßt über den Antrag, Hueber möge das
Wort nur unter der Bedingung erteilt werden,
daß er französisch spreche, abstimmen. Der Antrag
wurde angenommen.

Rechtsmittels überreichten die sozialistischen
Deputierten Peirotes und Weill einen Resolu-
tionsantrag, der eine Aenderung der Ge-
schäftsordnung der Kammer durch
Anfügung eines Sonderantrages fordert, dem-
zufolge einem Redner das Wort aus dem Grunde
nicht entzogen werden dürfe, daß dieser in der
klassisch-französischen Mundart sprechen wolle,
unter der ausdrücklichen Bedingung, daß dieser
Redner vorher dem Präsidium der Kammer eine
Uebersetzung seiner Rede vorlege.

bischen „lawischen“ Bringen, in den alleinigen
Besitz einer ungeheuren Millionenerbschaft
zu legen. Die Vertreter zweier Ministerien be-
schuldigen sich gegenseitig der Vaterlosigkeit an
der Der Cyrill, doch das einzige, zu dem die
hinter den Kulissen stehenden Drahtzieher sich
aufschwingen, ist, daß sie versuchen, den amtlichen
Bericht über diese Verschuldigungen durch
Hinweglassung der betreffenden Stellen zu fäl-
schen.

In der Regierungsmehrheit befinden sich
auch die Deutschbürgerlichen. Ehe
ihre Erwählten die Gunst genossen, sich an
den weichgepolsterten Ministerkanzeln nie-
derlassen, zu dürfen, traten sie, jeder ein Cato
in Wort und Schrift eifrig für die Reinheit
des öffentlichen Lebens ein. Alle früheren
Skandalgeschichten fanden an ihnen unerhitt-
liche Richter. Einer von ihnen, der aristokratische
Senator Vater Frischer sagte noch kürz-
lich in einer Versammlung: „Was macht es
schon aus, wenn die Leute wegen des höchsten
Lebensmittels ein Stückchen Fleisch weni-
ger essen werden, wenn nur im Senate Ord-
nung herrscht!“ Diese „Ordnung“ wirkt sich
soeben in den unter Mitwirkung der Deutschbür-
gerlichen betriebenen Verleumdungsversuchen
aus. Die deutschen Sozialdemokraten hatten
verlangt, der Ministerpräsident möge im Ab-
geordnetenhaus über den Godziskandal Auf-
klärung geben. Aber Herr Svedla will nicht
reden, denn hervorragende Mitglieder seiner
Partei sind in die Sache verstrickt. Was über-
taten die Deutschbürgerlichen? Stiefler befohl

und das Stimmvieh gehorchte. Die deutschen
Streiter — an ihrem Weien soll die Welt ge-
neusen — parierten wie stumme Hunde und sie
helfen den Antrag niederstimmen. Zuerst hol-
ten sie nach Art der allnationalen Koalition
die parlamentarische Demokratie schänden, nun
betätigen sie sich auch als Väter der Korruption.
Die Haberlumpen brauchen keine Beein-
trächtigung ihres Gewerbes zu fürchten, fest
steht und treu . . .

Man kann sich trotz aller Abhängigkeit, die
man in diesem Staate der affärenreichen Ge-
schichte der letzten Jahre zu danken hat, vor
Staunen nicht fassen, wie hier die Schande
am hellen Tage bloß zu gehen magt. Bewun-
dern muß man die diese Elephanthaut der
regierenden Herren, an der alle Vorstellungen,
daß es doch um Ehre und Ansehen des Staa-
tes geht, wie Erbsen von der Wand abprallen.
Höchste Verblüffung aber ruft das Verhalten der
deutschen Regierungsparteien hervor, die je-
den Ehrgeiz abgelegt haben, nur den einen
nicht: das brave Stimmvieh ihrer Herdentrei-
ber zu sein.

Es ist deutlich sichtbar, worauf das wo-
denlange Schweigen der Regierung hinaus-
läuft. Man hofft, die Bevölkerung werde end-
lich müde werden und sie werde aufhören, nach
den Schuldigen zu fragen. Es ist die Ermat-
tungsstrategie, die anzuwenden gesucht wird,
um auch diesen Skandal im Sande verlaufen
zu lassen. Nun, leicht soll dies den Herren nicht
gemacht werden! Darauf können sie Gift
nehmen!

Spezialdebatte im Abgeordnetenhaus. Uebergang zur kulturell-sozialen Budgetgruppe.

Das Abgeordnetenhaus führte gestern die
Spezialdebatte über die politischen Kapitel des
Staatsbudgets zu Ende und ging in den
Abendstunden in die Beratung der kulturell-so-
zialen Gruppe ein.

Als erster Redner sprach Gersl (sch. Soz.-
Dem.), der gegen die Zinsfußpolitik des Bank-
amtes polemisiert und auf die unerträgliche Zin-
senpannung hinweist, die meist ganze 6 Prozent
beträgt. Redner verlangt, daß die Banken wenig-
stens den Zinsfuß im selben Ausmaß wie die
Nationalbank herabzusetzen gezwungen werden.

Milosec (sch. Volksp.) spricht seine Be-
friedigung darüber aus, daß die Deutschen für die
aktive Mitarbeit gewonnen wurden, und konstatiert,
daß sie bedingungslos in die Regierung
eingetreten sind. Er ist ihnen, sich vor dem
Geist der preiswürdigen Unverträglichkeit, des Haf-
ses und der Kriegsbegeisterung zu hüten. Wei-
ters protestiert er dagegen, daß nicht wenigstens
die Mitglieder des Wehrausschusses über die
Godza-Affäre informiert wurden, prüft die Kom-
munisten scharf an, wobei es wiederholt zu schar-
fen Zusammenstößen kommt, und fordert schließ-
lich, daß die Beziehungen zum Heiligen Stuhl
wieder aufgenommen werden.

Der Slovake Iso erklärt, es sei nicht Schuld
seiner Partei, daß ihre Bereitwilligkeit, zur In-
staurierung des neuen Regimes beizutragen, nicht
angemessen verstanden wurde. Bei den Ver-
handlungen habe sich die Partei große Zeitschö-
nung auferlegt und auf Verordnungsdrängen
nur minimales Gewicht gelegt. Das Autonomie-
programm könne für nicht gegen persönliche In-
teressen preisgeben; es bedeute aber keineswegs
die Loslösung der Slovakei von der Republik.
Auch die positive Stellung zum Väter sei durch
das autonomistische Programm der Partei ge-
geben. Weiters sucht er die Partei vor der Auto-
nomie zu beiraten und plädiert für eine Len-
derung des Ganzen in dem Sinne, daß die
Rechtsgewalt der Gasse zu erweitern sei.

Nach dem Kommunisten Wana, der sich mit
der Verfolgung der Kommunisten durch die Po-
lizei und mit den verschiedenen Spionage-Ma-
ßen befaßt, kommt Genosse Deeper zu Wort, der
seine Ausführungen wie an anderer Stelle wie-
dergeben.

Slavik (sch. Agr.) befaßt sich mit den Spar-
maßnahmen in der Staatsverwaltung und prüft
sich gegen die politische Organisati-
on der Staatsbeamten aus. Bei der
Bodenverteilung sollen zuerst die lokalen Bewer-
ber befriedigt werden, ob das nun Deutsche oder
Ungarn seien. Zum Schluß erklärt er es für
notwendig, die Erledigung der Godza- und der
Eisleraffäre durch die unabhängigen Gerichte ab-
zuwarten.

Der Kommunist Harns beschäftigt sich mit
dem Verteidigungsministerium und zieht die ent-
sprechenden Vergleiche mit dem Budget Sowjet-
rußlands.

Milera (sch. Volksp.) befaßt sich mit dem
Gerichtswesen in der Slovakei und verlangt die
Einsetzung eines slowakischen Landesauschusses.
Der weitere Teil seiner Rede in slowakischer
Sprache und Finanzfragen gerichtet.

Sodann spricht Genosse Raf, dessen Rede wir
gleichfalls an anderer Stelle bringen. Er wird
nachträglich vom Vorsitzenden wegen seiner schar-
fen Ausbrüche über Rußland zur Ordnung
gerufen.

Damit ist die Rednerliste zur ersten Budget-
gruppe erschöpft und das Haus geht in die

Beratung der kulturell-sozialen Kapitel
des Budgets über.

Langr (sch. Nat.-Soz.) befaßt sich mit den
bürgerlichen Angriffen auf die Sozialversicherung
und erklärt, die Bürgerlichen seien heute nicht
nach der Verbesserung des Besten, um dessen
Mängel zu beheben, sondern um es grundlegend
zu verschlechtern. Dann wendet er sich der Kriegs-
beschädigtenfrage zu, wobei er die Inanspruch-
nahme der Invaliden fordert, und verlangt
endlich die Verbesserung des Genter Systems, da
der Staatsbeitrag in Kriegzeiten völlig ungenü-
gend sei und auch die Anzahlung auf einen lan-
geren Zeitraum als drei Monate vermindert wer-
den müsse.

Lufawitz (Nat.-Dem.) befaßt sich haupt-
sächlich mit Schulfragen und geht namentlich auf
die Mindererschulen ein, deren Ausbau er
verlangt. Godza habe den Deutschen im Budget-
ausschuß durch die angekündigte Schulautonomie

Hoffnungen gemacht; die deutschen Forderungen nach Selbstverwaltung seien unannehmbar. Seine ganzen Ausführungen sind in dem bekannt gewordenen Welt gehalten.

Simm (D. Rat. Z.) führt Beschwerde über die Zurücksetzung der Bildungsmöglichkeit für die Deutschen. Infolge der Schulbesetzungen könne von einer ordentlichen Unterrichtsverteilung überhaupt nicht mehr die Rede sein. Von den 220 Millionen für Minderheitschulbauten sind nur zwei Millionen für deutsche Schulen bestimmt. Er verlangt den Ausbau der deutschen Bürgerschulen und die Berücksichtigung der deutschen Hochschullehrer. Die Lösung des kulturellen Konfliktes könne nur durch die Schulautonomie erfolgen.

Schubert (B. d. L.) verlangt eine gründliche Revision der sozialen Gesetzgebung, namentlich der beiden Sozialversicherungsgesetze, wo sich die sozialen Doktrinen am offensichtlichsten ausgelebt hätten. Die kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden könnten die Prämien nicht bezahlen und müßten ihre Arbeitnehmer entlassen. Der Grundfehler sei die Einführung der Zwangsversicherung. Ein Weniger auf der Bahn der sozia-

len Gesetzgebung wäre ein Mehr gewesen. Zum Schluß getraut sich der Redner, den Ausbau der Kriegsinvalidentgesetzgebung zu verlangen, obwohl gerade er kürzlich im Ausschuß gegen den Antrag Laub gestimmt hat, die verschiedenen Anträge über Vorfertigung der Kriegsinvalidenten endlich einmal zur Verhandlung zu bringen.

Es sprechen noch der ungarische Christlich-sozialer Gregorovich, der ankündigt, daß seine Partei gegen das Budget stimmen wird, und der tschechische Agrarier Ordina.

Darauf wird gegen 8 Uhr die Debatte abgebrochen. Vorher berichtet der Vorsitzende noch, daß auch Hlinka gegen den Abgeordneten Kreibich eine Rüge beantragt wegen der Aussprüche, die er in seiner letzten Parlamentsrede gegen die slowakische Volkspartei gerichtet hat. Der Antrag Kreibich, dem Initiativanschuß eine einjährige Frist zur Beschlußfassung über die in der Coburg-Affäre eingebrachten Anträge zu stellen, wird vom Vorsitzenden abgelehnt, da eine Fristsetzung nur dem Vorsitzenden zustehe.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 25., um 9 Uhr vormittags.

Der Herr Minister bringt also das Kunststück fertig, die Teuerungszulagen abzubauen, die Verpflegskosten abzubauen und trotz der Teuerung eine bessere und ausgiebigere Mannschaftskost herzustellen zu lassen. Es wäre praktisch, wenn sich der Herr Minister diese ministerielle Weisheit, wie man aus nichts etwas machen kann, patentieren ließe.

Aber auch sonst müssen die Worte des Herrn Landesverteidigungsministers etwas genauer untersucht werden. Er hat im Budgetausschuß vor allem eine Schilderung der Wohlstandspflege gegeben, über

Das angenehme "a" ein der Soldaten.

über alle möglichen Einrichtungen, die den Dienst der Soldaten erleichtern können, gesprochen. Er hat erklärt, daß für die Soldaten nicht nur Kinos, Klubs, Theater, Theater und Spielplätze zur Verfügung stehen, sondern daß die Militärverwaltung alles getan hat und tun wird, um der Mannschaft das Dasein so angenehm wie möglich zu gestalten.

Diesen Worten des Ministers steht aber die erschreckend große Anzahl der

Soldatenselbstmorde

in diesem Staate gegenüber. Wenn die Statistik sagt, daß seit 1. Jänner 1926 allein in der Prager Garnison aus Furcht vor Strafe 7 Soldaten Selbstmord verübt haben, wenn in allen Kasernen Soldatenselbstmorde auf der Tagesordnung stehen, wenn sich der Soldat dazu entschließt, sein junges Leben von sich zu werfen, dann werden es wohl andere Dinge gewesen sein, die ihn dazu getrieben haben als die „Annehmlichkeiten“ für die Soldaten, die der Herr Landesverteidigungsminister so interessant zu schildern wußte.

Erst in den letzten Tagen hat sich in Troppau auf dem Übungsplatz ein Soldat erschossen, der einen Tag vorher beim Komagniertransport gestellt wurde, und in den letzten Tagen hat sich in Brünn ein Soldat erküßt, ebenfalls aus Furcht vor Strafe. Der Herr Minister sollte die Ursachen der Soldatenselbstmorde ergründen und prüfen, denn da würde er finden, daß all das nicht zutrifft, was er von Annehmlichkeiten zu erzählen wußte.

Als Antwort möchte ich dem Minister

Zwei Soldatenbriefe

gegenüberstellen, die so recht zeigen, was die Soldaten gegenwärtig zu empfinden haben. Da schreibt ein Freund dem andern einen Brief, worin er das Leben der Soldaten schildert.

„Was hilft alles Klagen, hier gibt es nur ein Maul und Schritt halten. Was man die zwanzig Tage, die wir hier sind, schon erlebt hat, das läßt sich nicht aufschreiben. Für geringe Vergehen gibt es gleich eine Reihe von Strafen. Am Dienstag Abend beim Renagelosen fällt es einem Rotmister ein, daß wir anesoblich nicht in Ordnung und Ruhe angehten sind. Sofort mußte die ganze Kompanie in Kasernenhof antreten und eine 1/2 Stunde exerzieren. Einer hatte sich verspätet beim Antreten.“

Dafür mußte er fünfzehnmal um den Kasernenhof laufen und sich alle zehn Schritt in den Dreck legen. (Rittschreit! Kerger als im alten Österreich!) Oder der Rotmister. Es ist 9 Uhr abends. Alles liegt auf den Cavalats. Die Schuhe stehen unter dem Bett. Da kommt er nachschauen, ob alles in Ordnung sei, und dabei wirft er 10 Paar Schuhe zum Fenster hinaus, weil angeblich Dreck auf den Sohlen vorhanden war. Am Exerzierplatz werden wir bestraft: „Das, Rindvieh, ich hab' Ihnen ins Gesicht.“

Das ist die gute Behandlung, von der der Landesverteidigungsminister spricht! Da darf es einem nicht wundern, wenn bei diesem angenehmen Soldatendasein

Briefe an die Eltern

geschrieben werden wie der folgende:

„Liebe Mutter! Ich muß mitteilen, daß ich jetzt wie ein Fremdenlegionär behandelt werde. Ich habe mich schon über alles hinweggesetzt, mag es kommen wie es will, alles ist gleich, es kann mich nur noch mein Leben kosten. Wenn Ihr wüßtet und sehen würdet, wie es hier aus geht, würdet Ihr die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Aber ich muß mit Geduld tragen, denn ich werde so nicht 18 Monate dienen, weil ich sie nicht aushalten kann. Ich bin schon so herunter, daß ich mich kaum noch aufrichten kann. Ich habe es euch schon im letzten Brief geschrieben, daß meine Tage gezählt sind, und ich warte nur noch auf mein Geschick. Wenn das nicht eintrifft, bin ich nicht mehr zu erretten, ich gehe dorthin, wo mein Kollege (es wird der Name genannt) gegangen ist.“

Das ist der Schmerzschrei eines Soldaten über die Qualereien und Beklauen, die sie zu erdulden haben. Und da kommt der Landesverteidigungsminister und erzählt von Einrichtungen, Klubs, Kinos, Spielplätzen, so daß man förmlich verleitet wäre anzurufen,

oh welche Lust, Soldat zu sein, wenn nicht die nackte Wirklichkeit eine andere Sprache reden würde.

Aber nicht nur die Pflege und Sorge um die Mannschaft ist anders als dargestellt wird; die Militaristen dieses Staates sowie ein Teil der Koalitionsparteien haben

noch mehr Wünsche.

Sie verlangen vor allem ein Gesetz, durch welches einige Bestimmungen im militärischen Disziplinär- und Strafrecht geändert werden sollen. Es soll die Kommandogewalt noch verstärkt

Kraffin gestorben.

Aus London wird gemeldet, daß der Geschäftsträger der Sowjetunion L. Kraffin, der seit längerer Zeit am Leukämie (zu starkes Wachstum der weißen Blutkörperchen) litt, einem Herzschlag erlegen ist.



Leonid Kraffin wurde in den 70er Jahren in Sibirien als Sohn eines russischen Polizeibeamten geboren. Er wandte sich dem Studium des Elektro-Ingenieurs auf dem technologischen Institut in St. Petersburg zu und war als Ingenieur in Ost- und später als Direktor einer Kabelgesellschaft tätig. Schon während seiner Studienzeit wandte er sich der Politik zu und wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Die Folge war eine mehrjährige Verbannung nach Sibirien. Nach Verbüßung der Strafe ging er in die Schweiz, wo er einer der Vertrauten Lenin's wurde. Prof.ische Betätigung fand er dann in Berlin, wo er als Ingenieur bei der Firma Siemens und Schudert eintrat und es dank seiner Fähigkeiten und seinem guten Auftreten dahin brachte, daß er mit Aufträgen in Rußland betraut wurde. Als er dort indessen nach den Unruhen von 1905 wieder lebhafter mit der Politik sich beschäftigte, wurde er abermals 1907 in Wiborg ins Gefängnis gesetzt. Seine Verbindungen jedoch bewirkten, daß er freigelassen wurde und nach Berlin gehen konnte, wo er wieder bei Siemens und Schudert tätig wurde. Zwei Jahre vor dem Kriege konnte er sogar als Direktor seiner Firma nach Petersburg zurückkehren.

Nachdem die Bolschewiken in Rußland die Macht an sich gerissen hatten, hielt sich Kraffin zunächst zurück. Er schickte sogar seine Familie ins Ausland um ihr das Weiterleben der kommenden Ereignisse zu ersparen. Als dann aber die Macht der Sowjets sich befestigte, entschloß er sich zu offener Mitarbeit. Im Frühjahr 1920 wurde er von Lenin zur Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen nach Westeuropa entsandt. Später war er eine Art Wirtschaftsdiplomate, unter seinem Einfluß wurden verschiedene Reformen durchgeführt. Ausdehnung der Arbeitszeit, Einführung des Arbeitszuges, des Taylor- und Prämien-systems, Schaffung von Arbeitsnormen usw. Später wurde er Leiter des gesamten russischen Außenhandels.

Im Dezember 1924, nachdem das Kabinett Herriot die diplomatischen Beziehungen zu Rußland wieder aufgenommen hatte, erfolgte die Ernennung Kraffin's zum Vorkonsole in Paris. Von Paris wurde Kraffin nach London versetzt, wo der frühere Vorkonsole Rakowski nach der Affäre mit dem angeblichen Sinowiew-Brief nicht zu halten war. Politisch stand Kraffin der Trozki-Gruppe nahe.

werden, so daß die Leiden der Mannschaften noch größer werden als es heute der Fall ist.

Man verlangt weiter ein Gesetz über die Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit, während bis jetzt gesetzlich die 14monatige Dienstzeit festgelegt ist. Es ist weiter ein Gesetz in Vorbereitung das die Unterbringung der längerdienenden Unteroffiziere vorseht. Es ist das Wiederaufleben des österreichischen Zertifikatensystemes, das die Revolution überhandlung dieses Staates als erstes Gesetz abgeschafft hat. Ein weiteres Gesetz über Wehrvorbereitungen, worunter sich die Einführung der vormilitärischen Erziehung verbirgt.

Es soll der Feldwebel als Erzieher der Jugend Verwendung finden in einer Zeit, wo die ganze gestörte Welt eine hysterische Propaganda gegen den Krieg und das Waffenhandwerk betreibt.

Die neuen Wehrvorschriften sollen durch definitive ersetzt werden, durch die eine kürzere Dienstzeit für die Söhne der Reichen und eine achtwöchige Dienstzeit für die Bauernsöhne als Kaufpreis für die Regierungstreue der Landbändler und Christlichsozialen festgelegt werden soll. (Empörte Zwischenrufe unserer Genossen.)

Wir protestieren heute schon gegen diesen verfluchten Plan und erklären, daß die Militarpolitik in einem so kleinen Staate wie der Tschechoslowakei ein heller Wahnsinn ist und daß dem Staate und seiner Entwicklung nur eine ausgesprochene ungewöhnliche Friedenspolitik dienlich sein kann.

(Sehhafter Beifall)

Die „Sparmaßnahmen“ im Verteidigungsministerium.

Abbau der Mannschaftslöhne und Verschlechterung der Verpflegung. — Sonstige „Annehmlichkeiten“ des Soldatenlebens.

Rede des Genossen Heeger in der Budgetdebatte.

In den letzten Monaten ist das politische Leben dieses Staates reich an Sensationen und turbulenten Zwischenfällen gewesen. Eine Ständegeschichte hat die andere gejagt, angefangen von der Affäre Gajda, über die sich die Verantwortlichen immer noch in Stillschweigen hüllen, bis zum großen letzten Korruptionsstandal der 1. d. April, die alle die politische Offenlichkeit nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt stark beschäftigt haben.

Interessant ist, daß die Regierungsparteien das Außenministerium in den Mittelpunkt all dieser Ständegeschichten stellen und daß die Freunde von gestern heute die heftigsten Angriffe gegen die Politik des Außenministers, gegen sein System und seine Person entfalten. Es hat sich der merkwürdige Fall ereignet, daß der Berichterstatter über das Kapitel Ministerium des Aeußern gleichzeitig zum Ankläger geworden ist; der Berichterstatter hat erzählt, daß die Erhaltung der Repräsentationsräume nicht weniger als 190.000 Kronen jährlich erfordert und daß außerdem unter dem Titel amtliche Kanzleierfordernisse 1.190.000 Kronen verausgabt und aus diesen Mitteln auch die Dienststellen des Ministers gedeckt werden sollen. Aber auch sonst findet man, wenn man einige Posten des Ministeriums des Aeußern prüft, recht interessante Posten.

Da haben wir für Kosten des politischen und wirtschaftlichen Informationsdienstes 4 Millionen, für Publikationen, Zeitschriften und Bücher 5 Millionen.

Das Defizit bei der Prager Presse, dem sogenannten Regierungsorgan macht allein 5 Millionen Kronen aus.

Gen. Schweighart: Was ist mit der Saager Wollspinnerei?

Genosse Heeger: Das wird jedenfalls eine Post sein, die unter einem andern Kapitel unkontrollierbar verstreut wird. Sicherlich ein sehr kostspieliges, aber auch gleichzeitig wertvolles Sprachrohr des Außenministers. Wir finden weiter für Zirkularregramme an die Vertretungsbehörden und Kosten der Berichterstattung nicht weniger als 3 Millionen, für den Abschluß und die Durchführung zwischenstaatlicher Verträge 5 Millionen, weiter den Aufwand für die Repräsentationsräume mit 400.000 Kronen verzeichnet, sicherlich Posten, die für sich selbst sprechen. Wir beantworten daher eine Herabsetzung des Budgetes, der dem Außenministerium zur Verfügung steht, umso mehr als auch eine Restriktion der Geschäften und Konsulate unbedingt notwendig erscheint.

Während der Außenminister wenigstens scheinbar auf allen Abrüstungs- und Versäuligungs Konferenzen das große Wort führt, finden wir, daß der Landesverteidigungsminister im Innern das Gegenteil davon macht; so viele Worte der Außenminister für die Verkündung und Abrüstung findet, mit so viel Worten fordert der Landesverteidigungsminister im Innern mehr Kanonen, mehr Geschütze, mehr Kriegsmaterial und den Ausbau der Fluggeschäfte.

Sicherlich ist diese Politik eine Wahnsinns-politik, die weder den Verhältnissen, noch der geographischen Lage dieses Staates überhaupt entspricht und

nur den einen Zweck hat, daß die Soldatenpreise der Bevölkerung dieses Staates ungeheuerer Summen, Milliarden, kostet, die für andere Zwecke wesentlich besser und günstiger angebracht wären.

Als im Jahre 1918 die Unabhängigkeitserklärung erschien, wurde der Bevölkerung das feierliche Versprechen gegeben, die bestehende Heeresorganisation in eine Volksmiliz umzuwandeln. Der damalige Verteidigungsminister Rlofas suchte alle Zweifel zu zerstreuen, indem er folgende feierliche Erklärung abgab:

„Feierlich erkläre ich, daß weder ich, noch meine politischen Mitarbeiter von dem Grundgedanken des Militärsystems unserer Wehrmacht

abgelassen haben, daß wir niemals die Idee des Fortschrittes verraten haben und verraten werden.“

Gleichzeitig hat der damalige Referent des Wehrausschusses, der heutige Verteidigungsminister Udrsal, bei Behandlung dieses Gesetzes gesagt:

„Wir wissen, daß uns unsere strategische Lage häufig nötigen wird, die schwersten Probleme der Verteidigung des Staates zur Lösung eher dem Minister des Aeußern als dem Kriegsminister zu übertragen.“

Der Herr Verteidigungsminister hat heute seine Worte vom Jahre 1920 vollständig vergessen. Heute glaubt er, diese Probleme mit mehr Kanonen, mehr Geschützen, mehr Geschützen und mit der Verlängerung der Dienstzeit lösen zu können.

So hat man bis heute das feierliche Versprechen nicht eingehalten. Im Gegenteil, man hat nicht einmal die im Wehrgesetz verankerten Grundzüge zur Durchführung gebracht. Jetzt soll nach diesem Wehrgesetz die 14monatige Dienstzeit in Kraft treten und schon sind die hohe Generalität und die Politiker anderer Parteien bestrebt, das zu verhindern und die 18monatige Dienstzeit auch für spätere Zeiten beizubehalten.

Während bei uns diese wahnsinnige Militärpolitik betrieben wird, gehen andere Staaten daran, die Militärlast abzubauen. So z. B. wird in Dänemark das Heer und die Flotte in eine Grenzpolizei und Staatsmarine umgewandelt, die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben und durch ein Freiwilligen-system ersetzt. Die Militärlasten sind dadurch bedeutend abgebaut. Dasselbe Bestreben sieht man in Schweden, Norwegen und Belgien. Selbst Frankreich geht daran, die Militärlasten gewaltig abzubauen und die einjährige Dienstzeit einzuführen, während wir hier, trotzdem der Protektor mit gutem Beispiele vorangeht, noch um die 14monatige Dienstzeit, die gesetzlich verankert ist, einen Kampf führen müssen.

Der Herr Finanzminister hat im Budgetanschuß mit Stolz darauf verwiesen, daß

die Militärlasten abgebaut (?)

wurden, daß noch im Jahre 1926 die militärischen Erfordernisse 1935 Millionen betragen, während im Vorschlag 1927 bloß 1370 Millionen für militärische Ausgaben vorgesehen sind. Diese Darstellung ist, gelinde gesagt, eine Augenwischerei. Wenn man den Vorschlag durchgeht, findet man, daß zu den 1370 Millionen noch der Rüstungsfond mit 315 Millionen kommen und daß unter dem Titel „Militärbauten“ unter den verschiedensten Kapiteln des Vorschlages hohe Summen enthalten sind, die zusammengezählt einen Betrag von 1711 Millionen ergeben.

Wenn bestimmte Ersparnisse zu verzeichnen sind, geschieht dies durchwegs auf Kosten der Mannschaft, vor allem durch den Abbau der Mannschaftslöhne, durch die Streichung der Teuerungszulage und die Verkürzung der Verpflegskosten.

Der Minister wird geradezu lässlich, wo es sich um die Sorge um die Mannschaft handelt. Er hat zugeben müssen, daß zwar die Teuerungszulage der Mannschaft abgebaut wurde, daß aber dafür die Mannschaft

eine ausgiebigere und bessere Kost (?)

erhält als vorher. Und damit ja kein Zweifel darüber bestehe, daß dem so sei, erklärt der Herr Verteidigungsminister, er habe sich wiederholt höchst persönlich von der „besonderen Güte“ der Mannschaftskost überzeugt. Ich wünsche nur, daß der Herr Landesverteidigungsminister ein Jahr lang von dieser Mannschaftskost leben sollte, er würde wahrscheinlich eine andere Meinung bekommen.

Er muß aber weiter zugeben, daß die gesamten Verpflegskosten bedeutend abgebaut worden sind; ferner sind die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen.

Senat.

Prag, 24. November.

Die heutige Sitzung des Senates dauerte nur wenig über zwei Stunden. Den Gegenstand der Beratungen bildeten einige kleinere Gesetzentwürfe und Auslieferungsabgehoren wegen einiger Senatoren. Das meiste Interesse fand der dem Hause vorgelegte provisorische Handelsvertrag mit Ungarn, wobei Genosse Rehyl die für unsere Volkswirtschaft im allgemeinen und die Arbeiterschaft im besonderen schädlichen Auswirkungen der agrarischen Zollpolitik darlegte, die den Abschluß eines endgültigen Vertrages mit Ungarn erschweren.

Rochstehend der kurze Sitzungsbericht:

Zunächst wurde die Debatte über den Gesetzentwurf zum Schutze der Urheberrechte an Werken der Literatur, Kunst und bildenden Künste fortgesetzt. Dazu sprechen die Senatoren Dyl (Nat. Dem.) und Pohl (Soz., Nat. Soz.), worauf das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen wird. Sodann gelangt der Bericht des Vermittlungsausschusses zur Beratung, womit die Gültigkeit des Gesetzes vom 2. Juli 1924 (S. u. B. Nr. 164) betreffend das zivilrechtliche Verfahren, verlängert wird. Nach der Rede des Berichterstatters, wird der Entwurf genehmigt. Dasselbe ist der Fall bei dem Gesetzentwurf über die Beiträge zum Fonds der Proger Börse und dem Entwurf über die Rechte der Staatsämter in Firmenangelegenheiten.

Darauf wird in die Beratung des mit Ungarn abgeschlossenen (vorläufigen) Weisbegünstigungsabkommens eingegangen, worüber die Senatoren Dr. Stodola und Miller (Agr.) referieren.

In der Debatte spricht als einziger Redner Genosse Senator Rehyl, dessen Rede wir morgen im Auszuge bringen werden.

Beim Schlußwort des Berichterstatters Dr. Stodola, der ganz in agrarischem Sinne redet, kommt es zu lebhaften Zwischenrufen unserer Genossen, die darauf hinweisen, welche schädliche Wirkungen die im Sommer eingeführten Agrarzölle für die handelspolitischen Beziehungen der Tschechoslowakei zu Ungarn und damit für die Beschäftigung unserer Industrie haben. Der Vortrag wird sodann angenommen.

Ohne Debatte wird hierauf das provisorische Handelsabkommen mit der Türkei genehmigt.

Den Schluß der Verhandlungen bilden die Immunitätsangelegenheiten.

Immunitätsauschuß.

Die Klage gegen Kreibich mit 10:9 Stimmen beschlossen.

Prag, 24. November. Abends fand nach der Ausscheidung noch eine Sitzung des Immunitätsauschusses des Abgeordnetenhauses statt, die sich mit dem Antrag des Ministers Hodza auf Erteilung einer Klage an den Abgeordneten Kreibich wegen seiner Angriffe auf Hodza zu beschäftigen hatte. Gleichzeitig wurde auch ein ähnlicher Antrag Glinskos, Kreibich wegen seiner Äußerungen über die slowakische Volkspartei gleichfalls eine Klage zu erteilen, in Verhandlung gezogen.

Genosse Pohl beantragte zunächst, daß an Stelle des vom Vorsitzenden bestimmten Referenten Dr. Galia, der ein Klubkollege des Ministers Hodza ist, der tschechische Nationalsozialist Nield als Referent bestimmt werde; dieser Antrag wurde aber mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt. Darauf beantragte der Kommunist Bolek die Vertagung, die mit zehn gegen neun Stimmen abgelehnt wurde. Sodann wurde ein gemeinsamer Antrag Roudelka-Rafiz, ein gemeinsamer Antrag Roudelka-Rafiz, Pohl-Nield eingebracht, der verlangt, daß die Erledigung der Angelegenheit solange vertagt werde, bis der Antrag auf parlamentarische Untersuchung der ganzen Coburg-Affäre vom Hause erledigt und die Untersuchung durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß abgeschlossen ist; der Immunitätsauschuß habe nicht die Möglichkeit, die Beschuldigungen meritorisch zu prüfen, und müsse daher das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Aber auch dieser durchaus sachlich begründete Antrag fand nicht die Zustimmung der Koalitionsmänner, die ihn wieder mit zehn gegen neun Stimmen ablehnten.

Zuletzt beantragte Nield die Vertagung bis morgen früh, um Kreibich und Hodza vorladen zu können, was ebenfalls abgelehnt wird. Die Mehrheit von einer Stimme kam nur dadurch zustande, daß auch der Vorsitzende auf Seiten der Koalition mitsprach.

Sodann beschloß die Mehrheit mit demselben Stimmverhältnis, dem Abgeordneten Kreibich wegen seiner Äußerungen über Hodza und gleichzeitig wegen seiner Äußerungen über die slowakische Volkspartei eine Klage zu erteilen.

Kamenlich die Klage wegen der Stodolens ist ein offenkundiger Geschäftsordnungsbruch, da nach § 51 der Geschäftsordnung ein Verweis nur dann erteilt werden kann, wenn ein anderer Abgeordneter oder Minister beleidigt wurde, während Kreibich von Gliska wegen seiner Äußerungen über die slowakische Volkspartei, nicht über einzelne Abgeordnete desselben belangt wurde.

Die Angelegenheit soll bereits morgen im Plenum zur Abstimmung gelangen.

Reptilienfonds und Reptilienpresse.

Genosse Kaufmann über das Budget des Ministerpräsidentiums.

Prag, 24. November. In der gestrigen Parlamentsitzung beschäftigte sich Genosse Kaufmann vorwiegend mit den verschiedenen Fonds des Ministerpräsidentiums und führte u. a. aus:

Das Haus bietet heute so wie in den vergangenen Jahren bei der Budgetberatung dasselbe Bild, es scheint nun von Jahr zu Jahr die Gleichgültigkeit größer geworden zu sein, mit der man den wichtigsten Akt, den das Parlament jedes Jahr zu erledigen hat, besiegt. Und doch hat sich einiges geändert. Es sitzen auf der Ministerbank nun auch zwei deutsche Minister: trotz alledem haben wir bei den Verhandlungen im Budgetausschuß feststellen können, daß sich die Staats- und Ministerinteressen nicht geändert haben, daß die bürgerlichen Parteien nach wie vor die Machtinteressen ihrer Parteigruppen den Volksinteressen und den Interessen der Staatsbürger voranstellen.

In die detaillierte Besprechung der zur Verhandlung stehenden Budgetkapitel übergehend, stellt Genosse Kaufmann zunächst fest, daß eine wichtige Einrichtung des Parlamentes, und zwar die Bibliothek, außerordentlich kümmerlich behandelt wird. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß diese Post von 200.000 Kronen auf 500.000 Kronen erhöht werden soll. Wir täuschen daran aber auch die Forderung, daß deutsche Bücher, deutsche Besuche in unserer Bibliothek in größerem Ausmaß angekauft werden sollen als bisher. Eine Bedeutung für diesen Mehrverbrauch glauben wir in dem Titel

Parlamentarische

zu finden. Die Parlamentarische ist bisher wohl noch nicht das gewesen, als was man sie ausgab, eine Einrichtung zum Schutze des Parlamentes, sondern wir haben wiederholt feststellen können, daß die Parlamentarische vom Präsidentium als Hausknecht verwendet wurde, um oppositionelle Abgeordnete ganz einfach an die Luft zu setzen. Wenn wir uns die letzten Stunden der früheren Session in Erinnerung zurückrufen, wird wohl jeder Parlamentarier zustimmen, wenn wir verlangen, daß die Post der Parlamentarischen überhaupt gestrichen werden möge.

Ein anderer Abschnitt dieses Kapitels, die Ergänzung und Erhaltung des Inventars und der Einrichtungen des Hauses, wofür der Betrag von 820.000 Kronen eingesetzt worden ist, bedarf wohl einiger Aufklärungen über die großen Kosten für die Adaptierungen im Klugegebäude und im Hauptgebäude.

Wir haben weiter an das Präsidentium des Hauses eine Frage zu stellen, die sich mit der Reise einer Reihe von Abgeordneten, nach Jugoslawien

beschäftigt. Es hat wohl geschrieben, daß diese Reise die Erwiderung auf einen gleichzeitigen Besuchs der jugoslawischen Abgeordneten darstelle. Da aber die Abgeordneten sich förmlich auf dieser Reise als tschechoslowakisches Parlament konstituiert haben,

müssen wir fragen, mit welchem Rechte und in welchem Auftrage diese Abgeordneten nach Jugoslawien reisten, wie hoch die Kosten für die Reise sind und wer sie trägt.

Einer besonders kritischen Prüfung bedarf das Kapitel

Ministerratspräsidentium.

Hier können wir eine ganze Reihe summarischer Ausgabenposten feststellen, über die jede detaillierte Angabe fehlt. Trotz wiederholter Versprechungen hat man über die wichtige Frage der Verwaltungsreform nicht berichtet, obwohl auch im Abhangeseh vorgesehene ist, daß bis zum 31. Dezember 1925 die beabsichtigte Reform dem Parlament vorgelegt werden soll.

In einem ordentlich geleiteten Staatswesen müßte

erst die Verwaltungsreform und dann die Steuerreform

folgen. Bei uns ist es umgekehrt.

Einzig ist ferner die Post: Aufwand in Verbindung mit der Durchführung des Gesetzes über die

Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung.

Wir finden hier, daß die Sparmaßnahmen wieder den ganz nennenswerten Betrag von 400.000 Kronen kosten. Wir haben aber bis heute nicht erfahren können, was durch die Ersparungsanstrengungen wirklich erspart wurde.

Das schmutzigste Kapitel dieses Abschnittes, das am meisten der gründlichen Überprüfung bedarf, sind wohl die Posten, die sich mit dem Aufwand für Publikationen, für Propaganda und für den Informationsdienst beschäftigen.

Wir finden als Aufwand für Publikationen den Betrag von 4 Millionen Kronen verzeichnet, als Aufwand für Druckschriften und statistische Zwecke 870.000 Kronen, für andere Ausgaben ohne Angabe des Zweckes 200.000 Kronen, für Druck und Bilderelemente 400.000 Kronen, für Subventionen, wiederum ohne nähere Angabe 400.000 Kronen. Insgesamt ergibt sich ein Betrag von 8 Millionen Kronen, die unter dem Titel

Dispositionsfonds

berausgibt werden. Alle diese Beträge sind ohne Angabe für wen, für welchen Zweck, oder für welchen dem Staat geleisteten Dienst verausgabt.

Diese ungeheuer großen Posten, die wir für Propagandazwecke finden, sind nach unserer Meinung ganz zwecklos und könnten ganz gut gestrichen werden.

Denn es ist heute wohl allen klar, daß die Propaganda, die durch eine von der Regierung bezahlte Tagespresse im Ausland betrieben wird, unnützig ist, da im Ausland heute jeder weiß, wie es in der Tschechoslowakei aussieht. Es ist unnötig, dem Ausland auf diesem Wege Potentiusche Dörfer vorzuführen zu wollen.

Es wurde im Budgetausschuß bereits darüber gesprochen, welche Beträge der

„Proger Presse“

angewendet werden. Sie hat mit einem Fassungsvermögen von rund 5 Millionen gearbeitet, und dieses Fassungsvermögen ist aus dem Reptilienfonds gedeckt worden. Bei solchen Zuwendungen ist es verständlich und begreiflich, daß diese Zeitungsunternehmungen, wie die Proger Presse, die Zaarer Wolf-Blätter und ähnliche Organismen insdane sind, zu einem Spottpreis ihre Erzeugnisse an die Leser abzugeben und Tausende und Abertausende von Exemplaren unentgeltlich an die Bevölkerung hinauszuerwerfen.

So laßt sich die Regierung eine teure Presse, um die Öffentlichkeit, vor allem die des Auslandes, zu täuschen und über die wirklichen Verhältnisse in diesem Staat irrezuführen.

Wir müssen auch feststellen, daß wiederholt durch diese Presse verläßt wurde, politisch unangenehme Menschen abzumurmeln und sie politisch unmöglich zu machen. Es ist skandalös, daß oft wichtige Vorlagen früher dieser Presse übermietet werden, bevor sie die Regierung dem Hause vorlegt, daß diese Presse über wichtige Vorträge und Absichten der Regierung früher informiert ist, als die Parlamentarier und das Parlament, alles zu dem Zweck, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, so oft auch, um das Parlament vor eine gewisse Zwangslage zu stellen. Gegen diese Antimitäten zwischen Regierung und dieser Presse müssen wir schärfste Verwahrung einlegen. Wir sind neugierig, ob die deutschen Parteien in der Regierung auch für die Anwendung an diesen Reptilienfonds stimmen werden.

Genosse Kaufmann bespricht sodann den überflüssigen Aufwand für „Besuche fremder Gäste“, für das Ministerium für die Slowakei und wendet sich dann dem

Statistischen Staatsamt

zu. Hier wäre nur zu wünschen, daß das statistische Amt vor allem bei der Volkszählung etwas objektiver vorgehe und sein Arbeitsgebiet etwas erweiterere.

Vor allem wäre eine genaue und gründliche Lohnstatistik, sowie eine Statistik über die Arbeitsleistungen notwendig.

weil sie uns ein wichtiges Material geben würden, um manche Lüge, die seitens unserer Unternehmer bei Lohnverhandlungen und Lohnkampfen der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, widerlegen zu können.

Wenn wir den Gesamtaufwand des Ministerpräsidentiums feststellen, ergibt sich trotz der Parole des Sparens ein um 4 Millionen gesteigerter Aufwand.

Deutschösterreich legt z. B. für das Kapitel Bundeskanzler ungefähr die Hälfte dessen, was unser Ministerpräsidentium benötigt. In Deutschland ist die betreffende Ziffer noch niedriger.

Ein Viertel des Gesamtaufwandes des Ministerpräsidentiums wird für den Reptilienfonds verwendet, für Auslandspropaganda, für Informationsdienst, Vorschlags-gelder und so weiter. In Anbetracht dieser Posten können wir für dieses Budget nicht stimmen. Wir haben eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen auch für dieses Kapitel eingebracht und bitten das hohe Haus, diesen Änderungen zuzustimmen. (Beifall.)

Die „Tribuna“ in andere Hände übergegangen. In der Generalversammlung der mittelböhmischen Druckerei, die das Tagblatt „Tribuna“ herausgibt, wurde ein neuer Verwaltungsrat gewählt, in welchem, wie wir den „Slovoh Rodina“ entnehmen, die Mehrheit die Vertreter der Agrarpartei und der Stodawerke, die in letzter Zeit die „Tribuna“ finanzierten, besitzen. Vorsitzender des Verwaltungsrates dürfte der Chefredakteur des „Slovoh“, Senator Brany werden. Beachtenswert ist, daß diese Druckerei nunmehr neben dem „Rohh B. Rijen“, der dort bereits erscheint, auch Dr. Korula Wochenchrift „Slovoh“ und das neue Sportblatt des Abgeordneten Stibran herausgeben wird. Die Verbindung: tschechische Agrarpartei, Stodawerke und Faschinen ist immerhin bemerkenswert.

Zur höheren Ehre Mussolinis.

Zwangswohnsitz und Folter für Antifaschisten. — Terror gegen freie Hochschullehrer. — Idealzustände für Sakenkrenzer!

Der „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Lugano gemeldet:

Das italienische Innenministerium läßt jetzt zahlreiche Antifaschisten verhaften, um sie in Zwangswohnsitz zu verschicken und dort unter Polizeiaufsicht zu stellen. Als Orte dieser Verbannung sind Tremiti, dann Ustica und Pantelleria bestimmt, die früher als Deportationsplätze für Schwerverbrecher gedient haben. In Mailand ist ein Teil der Verhafteten nach fünfzehn oder achtzehn Tagen Kerkerhaft freigelassen worden. Unter den zuletzt freigelassenen ist Genosse Fiori, der Organisator der italienischen Metallarbeiter. Der Genosse Rechtsanwalt Rosolgi, dem es gelungen war, seiner Verhaftung zu entgehen, muß es erleben, daß die Polizei seine Frau mit einem Säugling von sechs Monaten in das Gefängnis gesteckt hat, um sie zu zwingen, den Aufenthalt ihres Mannes anzugehen. Die Mailänder Polizei hat eine Anzahl Verhafteter, um von ihnen Aufklärungen zu erpressen, der Antifaschisten-Gruppe Sciala überliefert. Dort werden ihnen die Hände in Kopierpressen gezwängt, die sie schändlich machen. Einigen von ihnen sind dabei die Hände gebrochen worden.

Ein amtlicher Bericht hat die in einer Universitätsvorkommene Zwischenfälle zugegeben, ohne nähere Einzelheiten zu bringen. Es handelt sich um die Universität Neapel, wo die schwersten Ausschreitungen gegen Professoren vorgekommen sind, die man für Antifaschisten oder Antifaschisten hält. Die Gelehrten wurden von den Faschisten geohrfeigt und mit Faustschlägen die Treppen herabgeschleudert. Ähnliches ist in anderen Universitäten geschehen. Besonders richtet sich die Wut gegen die Professoren, die das Recht für den Philosophen Benedetto Croce und den Historiker Salvemini unterzeichnet haben. Allerdings haben 150 Professoren das Manifest für Croce unterschrieben, und man wird schwerlich sie alle auf das Pfalter werfen können. An der Handelshochschule Bocconi in Mailand haben die tschechischen Studenten den Professor Capiani, einen Volkswirtschaftler von internationalem Ruf, während eines Examsens mit beleidigenden Zusätzen überschüttet und ihn aufgefordert, die Universität für immer zu verlassen. Als er abends in sein Hotel zurückkehrte, erhielt er einen geheimnisvollen telefonischen Anruf mit dem Rat, sich sofort zu entfernen, wenn ihm sein Leben lieb sei. Er flüchtete. Kurze Zeit darauf erlitten die tschechische Delegation im Hotel: sie war über keine Nacht sehr enttäuscht. Der Rektor dieser Hochschule hat zum Protest sein Amt niedergelegt. Die Studenten haben weiter den Ausschluß von sieben Professoren beschlossen.

So sind an der hervorragenden Handelshochschule Italiens heute sämtliche Lehrstühle frei, so daß man gezwungen ist, Ferien zu halten. Diese neue revolutionäre Politik ist in ganz Italien den Beginn zahlreicher Disziplinerverfahren und Entlassungen gebracht, insbesondere in den Verwaltungen der Eisenbahnen, der Post und der Telegraphen.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten als Schutzmacht kapitalistischer Interessen.

Washington, 24. November. (Reuter). Aus dem Korrespondenzwechsel zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Angelegenheit des neuen mexikanischen Gesetzes über das Grundeigentum geht hervor, daß Staatssekretär Kellogg in der letzten Note der Vereinigten Staaten vom 20. Oktober erneut darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Anerkennung der mexikanischen Regierung an die Bedingungen der Einbindung der Vereinigten Staaten im Jahre 1923 gegebenen Versicherungen geknüpft war und daß, wie Kellogg schreibt, „durch das Beharren Mexikos auf seinem Standpunkte das Verhältnis zwischen den beiden Staaten sich unaußersichtlich zu einem höchst kritischen gestalten würde“. Staatssekretär Kellogg fügt hinzu, daß die Vereinigten Staaten damit rechnen, daß die mexikanische Regierung die vertraglich erworbenen Eigentumsrechte voll respektieren wird. In der kurzen mexikanischen Antwortnote vom 17. November wird um die Ausführung eines konkreten Falles ersucht, und der Ansicht entgegengetreten, daß „durch irgend welchen Vorfall die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Staaten beseitigt werden“. Wie verlautet, wird der Vorschlag der Vereinigten Staaten, welcher sich gegenwärtig auf dem Wege nach Mexiko befindet, abgelehnt werden.

Regierungskrise in Finnland.

Helsingfors, 24. November. Die Regierung erlitt bei der gestrigen Abstimmung im Reichstag über eine Interpellation betreffend die Frage von Aufschaffungen für die Armeen, über die sie Übergang zur Tagesordnung beantragt hatte, eine Niederlage. Es wird erwartet, daß die Regierung heute zurücktritt.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

Verhandlungsabbruch in Südwales.

London, 24. November. (Sch. P. B.) Die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und Bergarbeitern im Bezirk von Südwales sind abgebrochen worden.

Inland.

Gewaltige Protestkundgebung der Privatangestelltenorganisationen.

Rundfunk für Alle!

Die staatslich erwiesene Wahrheitsliebe der „Internationale“. Der Zeitstand dürfte den Lesern noch in Erinnerung sein: Die „Internationale“ hatte uns beschuldigt, im Bericht über die sächsischen Gemeinderatswahlen „in gewohnter Fälschermanier“ die Arbeiter belügen zu haben. Konkrete Beweise wurden behauptet, wir hätten von Rückgängen der Kommunisten bei den sächsischen Wahlen gesprochen. Wir erwiderten mit der Feststellung, daß wir von Rückgängen der Kommunisten in Lübeck, wo sie die Hälfte der Mandate verloren haben, nicht aber von Rückgängen der Kommunisten in Sachsen sprachen. Im Gegenteil wahrheitsgemäß die Zahlen über die sächsischen Ergebnisse anführten. Die „Internationale“ erwidert auf unsere Anfrage „Wer fälscht“ unter demselben Titel und nennt ihre wüsten aber wirklich altgewohnten Schimpfereien „eine Illustration zur sozialdemokratischen Wahrheitsliebe“. Die „Internationale“ scheint einen Katalog der Ausdrücke zu führen, derenwegen die Kommunisten gegen die sozialdemokratische Presse wegen Beleidigung klagten; will sie polemisieren, so werden eben diese Ausdrücke um 100 Prozent verstärkt gegen die Sozialdemokraten angewandt. Auf diese Weise entstehen unwiderlegbare Wahrheitsbeweise. Im vorliegenden Falle berichtet nun die „Internationale“, unsere Fälschung hätte darin bestanden, daß wir über die badischen Wahlen geschrieben:

„Sämtliche Parteien erlitten starke Stimmenverluste, an der bisherigen Mandatsverteilung wird sich wenig ändern.“

Nun hätten aber die Kommunisten in Baden Gewinne erzielt. Da keine Zahlen angeführt werden und uns keine zur Verfügung stehen, bleibt dies zunächst einmal eine Behauptung. Vor allem aber möchten wir doch anfragen, was diese Meldung über die Wahlen in Baden mit den sächsischen Wahlen zu tun hat und wo der Beweis dafür bleibt, daß wir von „Rückgängen“ der Kommunisten in Sachsen gesprochen haben? Schließlich veröffentlicht die „Internationale“ eine Tabelle der sächsischen Wahlen von 1919 bis 1926, die den Aufstieg der Kommunisten und den Niedergang der Sozialdemokraten zeigt. Was diese Tabelle mit dem Wahrheitsbeweis zu tun haben soll, wird diktiert durch die Behauptung der „Internationale“, daß die Kommunisten in Sachsen die Wahlen zu kontrollieren und die Korrektheit unserer Berichterstattung zu erwiesen. Nach dem wohlfeilen Verfahren der „Internationale“, die sich das allerdings nur erlauben kann, weil von ihr kein Mensch mehr etwas anderes erwartet, hätten wir den Vorwurf, sächsische Wahlergebnisse gefälscht zu haben, mit einem Hinweis auf den Bericht über die schwedischen Landtagswahlen entkräften und allenfalls noch eine Tabelle über die verschiedenen Wahlen in Frankreich beigefügt. Wir glauben nur, daß die Arbeiter, die unser Blatt lesen, sich das nicht bieten lassen. Um so eine Polemik mit ruhigem Magen verdauen zu können, muß man schon einige Jahre durch die Schule der Herren Langhoff, Pfeiffer, Weibrauch, Wünsch und Grünwald gegangen sein.

Die Diktatoren müssen gute Freundchaft halten.

Sowjetrußland und der Galgen-Kemal. Moskau, 24. November. (Zaf.) Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin, der zur Kur nach Deutschland reist, empfing vor seiner Abreise die Vertreter der Presse und gab ihnen im Laufe der Unterredung einige Informationen über seine Zusammenkunft mit Tawfik Ruskhdi Bey in Odessa. Die Reise nach Odessa, sagte Tschitscherin, war meine letzte Arbeit vor dem Urlaube. Da es mir wegen Zeitmangels unmöglich war, der lebenswichtigen Einladung der türkischen Regierung, über die Türkei nach Westeuropa zu reisen, Folge zu leisten, vereinbarte ich mit der türkischen Regierung eine Zusammenkunft mit Tawfik Ruskhdi Bey in Odessa, dessen geographische Lage für die Verwirklichung dieses Planes besonders günstig ist. Diese Zusammenkunft war eine Notwendigkeit für uns. Ich mußte mit dem türkischen Minister des Reichens in unmittelbaren persönlichen Unterredungen und Beratungen sämtliche beide Staaten gemeinsam berührenden Fragen prüfen, um die Lösung derselben zu vereinfachen und zu präzisieren, sowie klare Perspektiven für die weitere übereinstimmende politische Arbeit zu entwerfen. Die sieben Jahre enger Freundschaft, welche die Sowjet-Union mit der Türkei verknüpft, haben Früchte getragen. Wir haben keinerlei panasiatistisches oder ein anderes Bündnis geschlossen und überhaupt keine gegen Dritte gerichteten Vereinbarungen getroffen. Die Sowjet-Union und die Türkei sind mit friedlicher Arbeit innerhalb ihrer Grenzen beschäftigt. Weder die Sowjet-Union, noch die Türkei hegt Absichten, die irgend jemand bedrohen könnten. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten und die Verständigung hinsichtlich der politischen Richtlinien tragen einen durchaus friedlichen Charakter.

Prag, 24. November.

Einunddreißig Organisationen der deutschen und tschechischen Privatangestellten aller Richtungen und Branchen, darunter der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, der Einheitsverband der privaten und öffentlichen Angestellten, der Verband der Bank- und Sparkassenangestellten und der Allgemeine Angestelltenverband (Reichenberg) hatten die von ihnen vertretene Angestelltenchaft und die Öffentlichkeit zu einer Protestkundgebung im Saale der Produktionsbörse aufgerufen. Anlaß dazu bot der erneute Angriff des vereinigten Finanz-, Industrie- und Handelskapitals auf die Lebenshaltung der Angestellten in der Form eines Regierungsantrages über die direkten Steuern, der in seiner jetzigen Gestalt eine schamlose, kaum durch einige schon rednerische Phrasen verschleierte Raubzug auf die Taschen der Angestelltenchaft darstellt.

Der große Saal der Prager Produktionsbörse war heute bis auf das letzte Plätzchen von einer von Disziplin, Widerstandsgedanke und Verantwortlichkeitsgefühl durchdrungenen Versammlung gefüllt. Die beiden Hauptreferenten, die Kollegen Slawatsch (deutsch) und Abgeordneter Klein (tschechisch) wiesen in ihren, durch häufige Beifallkundgebungen unterbrochenen Ausführungen darauf hin, daß der Gehaltenswurf infolge seiner unsozialen und kapitalistischen Tendenz für die Privatangestelltenchaft unannehmbar ist. Beinhaltet er doch eine weitere untragbare Steuerbelastung, die sich stärker als in Friedenszeiten auswirken würde. Nicht nur, daß der Regierungsantrag in die durch zähe und opferwillige Kämpfe errungenen sozialen Rechte wie Dienstprogramm und Kollektivverträge verschlechternd eingreift, er

Tagesneuigkeiten.

Eugene Debs' letzte Fahrt.

Erst jetzt gelangt von jenseits des Meeres ein Bericht über Eugene Debs' Bestattung nach Europa. Es wird da aus Chicago geschrieben:

Am 23. Oktober wurde Eugene Victor Debs, der große Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten, zu Grabe getragen. Zwei Tage vorher wurde seine Leiche in den Labor Temple, das Arbeiterheim in Terre Haute, seiner Heimatstadt, gebracht und aufgebahrt. Inmitten eines Meeres von Blumen, zu seinen Füßen eine rote Fahne, zu beiden Seiten des Sarges amerikanische Flaggen, ein Symbol des Wirtens des großen „Gemein“, der immer bestrahlt war, den sozialistischen Gedanken einzufügen in das Leben des amerikanischen Volkes. Eine ununterbrochene Menge von Freunden und Kampfgefährten des großen Toten, von Arbeitern und Intellektuellen, zog fast zwei Tage lang an der Leiche vorbei.

In einem eigenen Sonderzug kamen hunderte Arbeiter aus Chicago, um der Leichenseier beizuwohnen, darunter nicht weniger als 300 Delegierte der Textilarbeiterorganisation von Chicago und viele Hunderte Mitglieder der sozialistischen Partei von Chicago. Die aus aller Welt eingelaufenen Teilnahmebegehörungen waren so zahlreich, daß der Sekretär der Partei, William W. Henry, nur einen kleinen Teil zur Kenntnis der Trauergemeinde bringen konnte. Norman Thomas, früherer Kandidat der sozialistischen Partei für den Gouverneurposten New York, der als erster Redner sprach, schilderte die Persönlichkeit und hohe Intelligenz des Verstorbenen. Nach ihm ergriff Morris Hillquit, der Delegierte der sozialistischen Partei Amerikas in der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, das Wort, der den Auftrag hatte, die Größe der gesamten Internationale zu überbringen. Es sprach hierauf Victor L. Berger, der sozialistische Kongressabgeordnete von Wisconsin. Nach den letzten Grüßen einiger Freunde des Toten wurde der Sarg nach Indianapolis übergeführt, um dort den Flammen übergeben zu werden.

In allen Teilen des Landes fanden Trauerkundgebungen statt, an denen überall große Arbeitermassen ihrem toten Führer die letzte Ehre erwiesen.

Ist das der geeignete Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten? In Prag fand Dienstag eine Beratung der Sanitätsorgane der Stadt über den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten statt. Betschlow erscheint uns der Beschluß, ein Asyl für kranke Frauen zu errichten, was sie nach österrömischem Muster, bis zu ihrer vollständigen Ausheilung untergebracht werden sollen. Fraglich aber ist, ob die sittenpolizeilichen Maßnahmen, mit denen sich diese Sitzung der Sanitätsorgane beschäftigte, den geeigneten Weg zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten darstellen. Es wurde nämlich beschlossen, allwöchentlich strenge Revisionen in allen Prager Hotels und Nachtlokalen vorzunehmen und die sogenannten „Boy“ behördlich zu verbieten, die in diesen Nachtlokalen vielfach den Unterhaltungs-„Liebende“ aller Arten bieten. Die Sanitätsorgane erklären diese Maßnahme damit, daß erwiesenermaßen weit mehr als die Prostituierten sich Dienstmädchen, Kontoristinnen und „Frauen schlechtes Zehnter Gatten“ mit unerlaubter Prostitution „befassen“. Damit ist also ausgegeben, daß Rot und Elend die Hauptursachen der Prostitution sind, bei der es an sich gleichgültig ist, ob sie „erlaube“ der „nicht erlaubt“ ist. Das Liebel aber, daß Frauen aus Not ihren Körper preisgeben, kann man durch keinerlei Polizeimaßnahmen austrotten, die überdies erfahrungsgemäß immer auch unsoziale Härten und sehr unbillige Schmäleleien im Gefolge haben. Und da die Polizei auch bei noch so großer Mächtigkeiten den Geschlechtsverkehr nicht reglementieren kann, so wird auch ihr Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten sehr wenig Positives und Gutes bringen. Man höre auf, Geschlechtskrankheiten, Berührungspunkte der Prostitution, als Polizei-Objekt zu behandeln, man verlege sich vielmehr auf medizinisch-soziale Hilfe, man baue Spitäler, in denen Erkrankte vollständig ausgeheilt werden können und dabei als Menschen behandelt werden, man bringe mehr Aufklärung und — billige Schutzmittel in die Massen, ja man verwende das Geld, das man für Razzien aufbringt, zur unentgeltlichen Ausgabe solcher Schutzmittel in großstädtischen Sanitätsstationen. Hellelicht gelingt so eher der Versuch, Erscheinungen einzudämmen, die kein Sturm auf Absteigequartiere besitzigen kann, und die vollends erst verschwinden können, wenn eine andere Gesellschaft ihre Dürzel, Ausbeutung und soziales Elend, wird vernichtet haben.

reduziert auch die faktischen Bezüge der Privatangestelltenchaft. Der Anschlag auf ihre Lebenshaltung erfährt noch dadurch keine besondere Berücksichtigung, daß der Regierungsantrag zu einer Zeit Geht werden soll (1. Jänner 1927), wo die meisten Anstellungsverträge daran gehen, ihre Dienstverträge zu erneuern. Diese reaktionären Pläne des Unternehmertums zu verhindern, sind die Organisationen der Privatangestelltenchaft zum schärfsten Protest und entschiedensten Widerstand entschlossen. „Eine höhere Oekonomie der Betriebsführung“ soll angeblich der Zweck dieses neuen Steuergesetzes darstellen. Warum sollen aber die Kosten dieser „erhöhten Oekonomie“ aufgerechnet die wirtschaftlich Schwächeren tragen? Warum soll denn die Stabilisierung und Rationalisierung, wie es die Herren nennen, immer nur und ausschließlich von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden? Nur die tatkräftige Einheit und der Widerstandswille der Angestelltenchaft sind imstande, diesen reaktionären Regierungsantrag mit Erfolg zu bekämpfen.

In der sich dem Referat anschließenden Debatte lagten der Genosse Abgeordneter Kaufmann namens unserer Partei, der kommunistische Abgeordnete Cibulka und der nationalsozialistische Abgeordnete Bergmann den um ihre primitivsten Rechte kämpfenden Angestellten die Unterstützung ihrer Parteien zu.

Nach einstimmiger Annahme dreier Resolutionen, welche die steuerrechtliche und sozialpolitische Auswirkung des Regierungsantrages feststellen, und den ausenblidlichen Forderungen der Angestelltenchaft Rechnung tragen, schloß der Vorsitzende nach nahezu dreistündiger Dauer die Versammlung.

men austrotten, die überdies erfahrungsgemäß immer auch unsoziale Härten und sehr unbillige Schmäleleien im Gefolge haben. Und da die Polizei auch bei noch so großer Mächtigkeiten den Geschlechtsverkehr nicht reglementieren kann, so wird auch ihr Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten sehr wenig Positives und Gutes bringen. Man höre auf, Geschlechtskrankheiten, Berührungspunkte der Prostitution, als Polizei-Objekt zu behandeln, man verlege sich vielmehr auf medizinisch-soziale Hilfe, man baue Spitäler, in denen Erkrankte vollständig ausgeheilt werden können und dabei als Menschen behandelt werden, man bringe mehr Aufklärung und — billige Schutzmittel in die Massen, ja man verwende das Geld, das man für Razzien aufbringt, zur unentgeltlichen Ausgabe solcher Schutzmittel in großstädtischen Sanitätsstationen. Hellelicht gelingt so eher der Versuch, Erscheinungen einzudämmen, die kein Sturm auf Absteigequartiere besitzigen kann, und die vollends erst verschwinden können, wenn eine andere Gesellschaft ihre Dürzel, Ausbeutung und soziales Elend, wird vernichtet haben.

Deutscher Schulrundfunk im Radio. Sämtlichen deutschen Volks-, Bürger- und Hochschulen wird mitgeteilt, daß im Rahmen der Herbst-Radio-Woche 1926, das ist vom 23. November bis 5. Dezember l. J. zum ersten Male auch der deutsche Schulrundfunk eingeleitet ist. — Die Prager Sendungen für den Schulrundfunk sind: Montag, den 29. November, 11 Uhr vorm.: Lehrer Alfred Scholz, Prag: Egoismus aus anderer Heimat. — Mittwoch, den 1. Dezember, 11 Uhr vorm.: Emil Hucker, Direktor der Prager „Armania“, Regitation klassischer Dichtungen (Schiller, Goethe). — Freitag, den 3. Dezember, 11 Uhr vorm.: Prof. Rudolf Steiner, Prag: Vom kleinsten Lebewesen. — Den Schulleitungen wird empfohlen, falls die Anzahl nicht selbst im Besitze eines Radio-Apparates ist, sich durch eine befreundete Stelle einen Empfangs-Apparat mit Lautsprecher für diese Sendungen aufstellen zu lassen und womöglich sämtlichen Schülern den Empfang zu vermitteln.

Bergmanns Tod. Infolge einer Explosion in der De Gillstrasse-Kohlengrube bei Coleman in Kanada wurden zehn Bergleute verschüttet. Zwei Leichname wurden bereits geborgen. Es besteht nur geringe Hoffnung, die übrigen acht zu retten, da die Grube mit Gases gefüllt ist.

Fünf Mitglieder der Naturfreunde ertrunken. Auf dem Planersee sind fünf Mitglieder der Ortsgruppe Brandenburg der Naturfreunde bei einer Ueberrfahrt zur Insel Ruhnenwerder ertrunken. Das Boot war mit acht Personen besetzt und wurde vom Sturm umgeworfen. Drei konnten sich durch Schwimmen retten, fünf, meist junge Leute von 18 bis 21 Jahren ertranken.

Der unerwähnte Schlösserentwurf ist neuesten als kurzfristig geworden. In dem gestrigen Zeitartikel spricht er in der ersten Zeile von einem „nationalen Unterdrückungssystem“, was richtig „nationales Unterdrückungssystem“ heißen soll.

Mit Handgranaten gegen den Gemeindefreier. Die Blätter berichten folgende, etwas geheimnisvolle Begebenheit: Montag nachts wurde gegen die Wohnung des Gemeindefreiers von Ludgersthal bei Möhr-Ditrau Anton Dalata ein Handgranateneingriff unternommen, der ohne erste Folgen blieb. Die Täter verfuhrten sowohl durch das Küchenfenster als auch durch das Zimmerfenster Granaten in das Innere der im Gemeindefreier befindlichen Wohnung zu schleudern. Die erste Granate prallte am Rahmen des Küchenfensters ab, die zweite an der Mauer, die dritte zerbrach die Zimmerdecke, verfangen sich in Vorhang und fiel mit dem Vorhang auf einen Tisch, der vor den Betten des Ehepaares stand. Die drei Granaten explodierten nicht. Die Si-

Freier Kloboband, Zweigstelle Brünn. Bei der vergangenen Donnerstag abgehaltenen ersten Hauptversammlung in der über die ersteunde Einbildung der Ortsgruppe berichtet werden konnte, wurde der bisherige Ausschuss wiedergewählt, Alle Mitglieder sind daher auch weiterhin an Lehmann Genossen Schweiger, Brünn, Augustengasse 8, zu richten.

Programm für morgen, Freitag.

Prag, 24. 11. Mittagskonzert, 1. Uhr: Musik der Kompositionen von Mendelssohn, 2. 3) Gerg, Romberg; 4) Gerg, Mendelssohn, 5) Gerg, Mendelssohn, 6) Gerg, Mendelssohn, 7) Gerg, Mendelssohn, 8) Gerg, Mendelssohn, 9) Gerg, Mendelssohn, 10) Gerg, Mendelssohn, 11) Gerg, Mendelssohn, 12) Gerg, Mendelssohn, 13) Gerg, Mendelssohn, 14) Gerg, Mendelssohn, 15) Gerg, Mendelssohn, 16) Gerg, Mendelssohn, 17) Gerg, Mendelssohn, 18) Gerg, Mendelssohn, 19) Gerg, Mendelssohn, 20) Gerg, Mendelssohn, 21) Gerg, Mendelssohn, 22) Gerg, Mendelssohn, 23) Gerg, Mendelssohn, 24) Gerg, Mendelssohn, 25) Gerg, Mendelssohn, 26) Gerg, Mendelssohn, 27) Gerg, Mendelssohn, 28) Gerg, Mendelssohn, 29) Gerg, Mendelssohn, 30) Gerg, Mendelssohn, 31) Gerg, Mendelssohn, 32) Gerg, Mendelssohn, 33) Gerg, Mendelssohn, 34) Gerg, Mendelssohn, 35) Gerg, Mendelssohn, 36) Gerg, Mendelssohn, 37) Gerg, Mendelssohn, 38) Gerg, Mendelssohn, 39) Gerg, Mendelssohn, 40) Gerg, Mendelssohn, 41) Gerg, Mendelssohn, 42) Gerg, Mendelssohn, 43) Gerg, Mendelssohn, 44) Gerg, Mendelssohn, 45) Gerg, Mendelssohn, 46) Gerg, Mendelssohn, 47) Gerg, Mendelssohn, 48) Gerg, Mendelssohn, 49) Gerg, Mendelssohn, 50) Gerg, Mendelssohn, 51) Gerg, Mendelssohn, 52) Gerg, Mendelssohn, 53) Gerg, Mendelssohn, 54) Gerg, Mendelssohn, 55) Gerg, Mendelssohn, 56) Gerg, Mendelssohn, 57) Gerg, Mendelssohn, 58) Gerg, Mendelssohn, 59) Gerg, Mendelssohn, 60) Gerg, Mendelssohn, 61) Gerg, Mendelssohn, 62) Gerg, Mendelssohn, 63) Gerg, Mendelssohn, 64) Gerg, Mendelssohn, 65) Gerg, Mendelssohn, 66) Gerg, Mendelssohn, 67) Gerg, Mendelssohn, 68) Gerg, Mendelssohn, 69) Gerg, Mendelssohn, 70) Gerg, Mendelssohn, 71) Gerg, Mendelssohn, 72) Gerg, Mendelssohn, 73) Gerg, Mendelssohn, 74) Gerg, Mendelssohn, 75) Gerg, Mendelssohn, 76) Gerg, Mendelssohn, 77) Gerg, Mendelssohn, 78) Gerg, Mendelssohn, 79) Gerg, Mendelssohn, 80) Gerg, Mendelssohn, 81) Gerg, Mendelssohn, 82) Gerg, Mendelssohn, 83) Gerg, Mendelssohn, 84) Gerg, Mendelssohn, 85) Gerg, Mendelssohn, 86) Gerg, Mendelssohn, 87) Gerg, Mendelssohn, 88) Gerg, Mendelssohn, 89) Gerg, Mendelssohn, 90) Gerg, Mendelssohn, 91) Gerg, Mendelssohn, 92) Gerg, Mendelssohn, 93) Gerg, Mendelssohn, 94) Gerg, Mendelssohn, 95) Gerg, Mendelssohn, 96) Gerg, Mendelssohn, 97) Gerg, Mendelssohn, 98) Gerg, Mendelssohn, 99) Gerg, Mendelssohn, 100) Gerg, Mendelssohn.

Deutschland. Köln, 24. 11. (Sprecherbüro). 14.30: Sinfonie und Wald der Walden, 15.30: Sinfonie und Wald der Walden, 16.30: Sinfonie und Wald der Walden, 17.30: Sinfonie und Wald der Walden, 18.30: Sinfonie und Wald der Walden, 19.30: Sinfonie und Wald der Walden, 20.30: Sinfonie und Wald der Walden, 21.30: Sinfonie und Wald der Walden, 22.30: Sinfonie und Wald der Walden, 23.30: Sinfonie und Wald der Walden, 24.30: Sinfonie und Wald der Walden, 25.30: Sinfonie und Wald der Walden, 26.30: Sinfonie und Wald der Walden, 27.30: Sinfonie und Wald der Walden, 28.30: Sinfonie und Wald der Walden, 29.30: Sinfonie und Wald der Walden, 30.30: Sinfonie und Wald der Walden, 31.30: Sinfonie und Wald der Walden, 32.30: Sinfonie und Wald der Walden, 33.30: Sinfonie und Wald der Walden, 34.30: Sinfonie und Wald der Walden, 35.30: Sinfonie und Wald der Walden, 36.30: Sinfonie und Wald der Walden, 37.30: Sinfonie und Wald der Walden, 38.30: Sinfonie und Wald der Walden, 39.30: Sinfonie und Wald der Walden, 40.30: Sinfonie und Wald der Walden, 41.30: Sinfonie und Wald der Walden, 42.30: Sinfonie und Wald der Walden, 43.30: Sinfonie und Wald der Walden, 44.30: Sinfonie und Wald der Walden, 45.30: Sinfonie und Wald der Walden, 46.30: Sinfonie und Wald der Walden, 47.30: Sinfonie und Wald der Walden, 48.30: Sinfonie und Wald der Walden, 49.30: Sinfonie und Wald der Walden, 50.30: Sinfonie und Wald der Walden, 51.30: Sinfonie und Wald der Walden, 52.30: Sinfonie und Wald der Walden, 53.30: Sinfonie und Wald der Walden, 54.30: Sinfonie und Wald der Walden, 55.30: Sinfonie und Wald der Walden, 56.30: Sinfonie und Wald der Walden, 57.30: Sinfonie und Wald der Walden, 58.30: Sinfonie und Wald der Walden, 59.30: Sinfonie und Wald der Walden, 60.30: Sinfonie und Wald der Walden, 61.30: Sinfonie und Wald der Walden, 62.30: Sinfonie und Wald der Walden, 63.30: Sinfonie und Wald der Walden, 64.30: Sinfonie und Wald der Walden, 65.30: Sinfonie und Wald der Walden, 66.30: Sinfonie und Wald der Walden, 67.30: Sinfonie und Wald der Walden, 68.30: Sinfonie und Wald der Walden, 69.30: Sinfonie und Wald der Walden, 70.30: Sinfonie und Wald der Walden, 71.30: Sinfonie und Wald der Walden, 72.30: Sinfonie und Wald der Walden, 73.30: Sinfonie und Wald der Walden, 74.30: Sinfonie und Wald der Walden, 75.30: Sinfonie und Wald der Walden, 76.30: Sinfonie und Wald der Walden, 77.30: Sinfonie und Wald der Walden, 78.30: Sinfonie und Wald der Walden, 79.30: Sinfonie und Wald der Walden, 80.30: Sinfonie und Wald der Walden, 81.30: Sinfonie und Wald der Walden, 82.30: Sinfonie und Wald der Walden, 83.30: Sinfonie und Wald der Walden, 84.30: Sinfonie und Wald der Walden, 85.30: Sinfonie und Wald der Walden, 86.30: Sinfonie und Wald der Walden, 87.30: Sinfonie und Wald der Walden, 88.30: Sinfonie und Wald der Walden, 89.30: Sinfonie und Wald der Walden, 90.30: Sinfonie und Wald der Walden, 91.30: Sinfonie und Wald der Walden, 92.30: Sinfonie und Wald der Walden, 93.30: Sinfonie und Wald der Walden, 94.30: Sinfonie und Wald der Walden, 95.30: Sinfonie und Wald der Walden, 96.30: Sinfonie und Wald der Walden, 97.30: Sinfonie und Wald der Walden, 98.30: Sinfonie und Wald der Walden, 99.30: Sinfonie und Wald der Walden, 100.30: Sinfonie und Wald der Walden.

herheitsbehörde konnte trotz unmaßlicher Streifen keine Spur der Täter finden. Das Ehepaar und dessen kleines Kind verdanken nur dem Umstand ihr Leben, daß die Zündkapseln der Granaten schadhast waren. Bei der Prager Polizeidirektion wurden die Granaten von Hochleuten untersucht, neue Zündkapseln eingesetzt und zur Explosion gebracht. Ihre Wirkung war furchtbar. Es wurde festgestellt, daß die Granaten reichsdeutschen Ursprungs waren.

Ein Opfer seines Berufes. Als der Streckenmeister Panfert der Staatsbahnen in den letzten Tagen, da ein ungeheurer Sturm wüthete, zwischen Suchau und Pohlom seinen Dienst machte und die Strecke kontrollierte, hörte er infolge des Sturmes gar nicht, daß hinter ihm ein Zug herandrängte. Er wurde von ihm erfasst und überfahren. Im schwerverletzten Zustand wurde er ins Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Klempner dirigiert in Prag. Die tschechische Philharmonie wird am 2. Dezember ein einziges Konzert mit Otto Klempner veranstalten. Auf dem Programm: Beethoven's „Cello“, Mendelssohn's „Nocturno“, Robert Schumann's „Cello“. Karten im Vorverkauf.

15. tschechoslowakische Klassenlotterie. (Grundsätze 29 und 55.) 90.000 K: 162829; 60.000 K: 114129; 40.000 K: 45056; je 10.000 K: 88829, 136756; je 5000 K: 10356, 40656, 57929, 59929, 86129, 116529, 152129, 159429, 167429, 184929, 196756, 225629, 232329, 235829, 239629; je 2000 K: 9056, 15829, 22929, 30256, 30329, 42426, 43626, 55629, 60629, 64256, 81129, 81456, 75756, 106756, 108856, 112526, 116029, 127029, 129456, 15329, 154256, 163629, 167129, 171926, 174556, 176356, 176729, 180129, 181429, 185586, 187856, 193586, 194856, 199456, 203256, 207556, 209229, 230129; je 1000 K: 1156, 1629, 6929, 7626, 10129, 19129, 14426, 15326, 18929, 21106, 27356, 28729, 29029, 31426, 33429, 33526, 37729, 44626, 52929, 35456, 36029, 37729, 37929, 41429, 42829, 44156, 54829, 60829, 61029, 67729, 73356, 80929, 86556, 87556, 88429, 88656, 97329, 97856, 98629, 99229, 26329, 26429, 101256, 102256, 111229, 111229, 124556, 124556, 129029, 129056, 141229, 145829, 147256, 149156, 153229, 154229, 153856, 155829, 158029, 157556, 157629, 160126, 161156, 167729, 168029, 171529, 173029, 175129, 177656, 181729, 182756, 185229, 185756, 187429, 189256, 192556, 202429, 202556, 210129, 213229, 214456, 218129, 220956, 224929, 225856, 230656, 233129, 234356, 234929, 237756, 238856, 238856.

Ein grauenvoller Selbstmordversuch. Ein tragischer Vorfall spielte sich Dienstag in Troppau ab. Der 23jährige Beamte Alois Walek aus Troppau wurde in den letzten Tagen gekündigt, was er sich so zu Herzen nahm, daß er sich selbst auf grauenvolle Art entleeren wollte. Er übergieß seine Kleider mit Brennpiritus und zündete sich dann selbst an. Auf seine verzweifelt hysterischen Klagen herbei, die ihn schon in lichterloh brennenden Flammen, wie eine lebende Fackel, stehen sahen. Die Flammen wurden ersticht und mit schweren Brandwunden erlitten und zweiten Grades wurde er ins schlesische Landeskrankenhaus überführt.

Die Geliebte erschossen. Aus Antonowald wird berichtet: Dienstag ging der Glaswarenerzeuger Theodor Franz nach Antonowald, um Glasdruck zu holen. Auf dem Heimwege stieg er über den Berg auf der Marienberger Seite und fand bei einem Felsen die 17jährige Fabrikarbeiterin K. Karnei tot auf dem Boden liegen. Neben ihr stand ein Emaillierglas mit Milch. Die Karnei ging gestern nach Arbeitschluss mit einer Freundin Milch holen. Auf dem Wege kamen die beiden mit dem Geliebten der Karnei, Oswald Köster, Glaschleifer in Marienberg, zusammen. Köster schickte die Freundin der Karnei fort und blieb mit seiner Geliebten allein. Bei dem erwähnten Felsen packte er sie am Hals, was die blauen Flecke bezogen, und erschoss sie. Er band ihr auch ein Taschentuch mit seinem Monogramm D. K. so fest um den Hals, daß sie ersticken mußte. Daß sich die Karnei gewehrt hat und daß sie am Boden geschleift wurde, zeigen die Arme und Schuhe. Nach 9 Uhr abends war Köster noch bei seiner verheirateten Schwester Heidrich in Jöhelsbühl in ziemlich aufgeregtem Zustande. Seit dieser Zeit ist er abgängig. Man nimmt an, daß er vielleicht Hand an sich gelegt habe. Köster war auf die Karnei eifersüchtig und hatte sie auch schon einmal ins Wasser geworfen. Die Gerichtskommission war in kurzer Zeit am Tatort erschienen und ordnete die Ueberführung der Leiche nach Zammwald zur Obduktion an.

Ortsgruppenleitung. Alle Parteifaktionen der Ortsgruppenleitungen wiederum unterstehen den Weisungen der Gebietsfraktion. Erst bei einem vollständigen Funktionieren eines derartigen Parteiapparates ist die Möglichkeit gegeben, alle Kommunisten zu einer intensiven Mitarbeit in der Gewerkschaft heranzuziehen und andererseits aber auch die notwendige Garantie geboten ist, daß die Beschlüsse und Weisungen der Parteifaktionen in Bezug auf die Tätigkeit in der Gewerkschaft und ihre Haltung zu den einzelnen Fragen, soweit sie das Interesse der Partei betreffen, eingehalten und zur Durchführung gebracht werden. In dem Berichte an den Vorsitzenden der Gebietsfraktion über die Bildung der Parteifaktionen in den Ortsgruppenleitungen, ersehen wir gleichzeitig am Mittelteil, in welchem Zeitraum die Ortsgruppenleitungen in der Gruppenleitung handt, den weiteren Ausbau der Parteifaktionen in den Betrieben zur Durchführung dringen zu können. Wir empfehlen, daß die Genossen in der Parteifraktion der Ortsgruppenleitung sich einen bestimmten Zeittermin setzen, innerhalb welchem sie die Arbeit zu bewältigen haben.

Wir erwarten, daß im Laufe dieses Monats diese wichtige Arbeit seitens der Parteigenossen zur Durchführung gelangen wird. Zum Schluß bemerken wir, daß die Empfänger dieses Rundschreibens für eventuelle Mißbräuche, die aus einer unvorsichtigen Handhabung entstehen kann, der Gebietsfraktion persönlich verantwortlich sind.

Wir erwarten, daß im Laufe dieses Monats diese wichtige Arbeit seitens der Parteigenossen zur Durchführung gelangen wird. Zum Schluß bemerken wir, daß die Empfänger dieses Rundschreibens für eventuelle Mißbräuche, die aus einer unvorsichtigen Handhabung entstehen kann, der Gebietsfraktion persönlich verantwortlich sind.

Mit kommunistischem Gruß für die Sektion der Textilarbeiter, Reichenberg, Karlstraße 7. R. Rai.

Aus diesem Zirkular ist ersichtlich und es wird direkt anbefohlen, aus was der Aufgabenteil der Parteifraktion in den Gewerkschaften besteht. Die Parteifraktion hat die genaue Einhaltung der Parteilinie in der Gewerkschaft zu überwachen. Sie haben alle Weisungen der Partei zur Durchführung zu bringen und ferner obliegt der Parteifraktion die Aufgabe, vor jeder Sitzung zur Tagesordnung Stellung zu nehmen, um die Geschäfte der kommunistischen Partei zu besorgen. Die kommunistische Gewerkschaft ist dabei nicht eine selbständige autonome Körperschaft sondern sie ist nur ein Werkzeug der kommunistischen Partei. Wenn die kommunistische Partei in irgend einem Gebiete einen Streik anbefiehlt, weil es ihr gerade politisch in ihr Programm paßt so hat eben die Gewerkschaft den Streik zu proklamieren, ganz gleich, ob die Arbeiterschaft von einem derartigen Streik einen Erfolg zu erhoffen hat oder nicht. Als voriges Jahr ausgesprochen wurde, daß der Textilarbeiterstreik im Niederland nur im Interesse der Wahlen ins Abgeordnetenhaus geführt wird, wies dies damals die kommunistischen Gewerkschaftssekretäre energisch zurück. — Ähnlich war es bei dem Bergarbeiterstreik im Ostrauer Gebiete. Die ganze kommunistische Gewerkschaftsorganisation ist nichts anderes, als eine Volkstretlerin der kommunistischen Parteiinteressen, was aus diesem Zirkular sehr deutlich hervorgeht. Interessant ist daß der Zentral-Sekretär der Sektion der Textilarbeiter, Herr Franz Rai dieses Zirkular zeichnet und den Funktionären anbefiehlt, die Parteigeschäfte zu führen.

Wenn aber irgend jemand die Sektion als kommunistische Gewerkschaft bezeichnet, so verwarnt sich Herr Rai gegen eine derartige Bezeichnung und behauptet, daß die Gewerkschaft eine unpolitische Organisation ist. Die Mitglieder dieser Gewerkschaft sind zu bedauern und selbst die übrige Arbeiterschaft, die oft durch die Interessen der kommunistischen Partei bei Lohnkämpfen in Mitleidenschaft gezogen wird, erleidet oft durch das kommunistische Partei-Interesse den größten Schaden.

Gerichtssaal. Die Geldmann's.

Im Egerlande trieben seit längerer Zeit zwei Gauner aus Sangerberg ihr Unwesen, die ihren leichtsinnigen Opfern unter dem Versprechen, ihnen den doppelten und dreifachen Betrag in falschem Golde zu liefern, größere Beträge abzuwindeln, mit der Scheu der Opfer rechnend, eine Anzeige wegen des an ihnen verübten Betruges zu erstatten, bis sie endlich erschrocken gemacht wurden.

Dieses Beispiel scheint den am 5. Juli 1891 in Chodau geborenen Zimmermeister Josef Krieglstein vorgeschwebt zu haben, nur ging er davon, sich wirklich in den falschen Golde zu sehen, während es den erwähnten Sangerberger Schwindlern nie eingefallen war, ihren Opfern falsches Gold zu liefern. Josef Krieglstein besaß sich in finanziellen Nöten und um sich aufzuhelfen, trat er Anfangs Oktober 1924 in Chodau mit Johann Bachmann in Verbindung, welcher ihm anbot, daß ihm ein gewisser Buy (Bachmann) und Buy sind die beiden Sangerberger Geldmann's für echtes Gold den zwei- und dreifachen Betrag in falschem 50-K- und 100-K-Noten verschaffen werde. Krieglstein war mit dem Vorschlage einverstanden, Bachmann verlangte 10.000 K echtes Gold. Da Krieglstein aber nur 4000 K hatte, gab er sich auch damit zufrieden. Längere Zeit ließ Bachmann nichts von sich hören und dann gelang es Bachmann trotzdem immer wieder, Krieglstein durch verschiedene Vorpiegelungen zu verführen. Bei einer späteren Zusammenkunft in Chodau zwischen Bachmann, Pöpperl (letzterer auch ein bekanntes Geldmann) und Krieglstein (insofern erstere von Krieglstein noch 15.000 K zur Beschaffung falschen Geldes zu erlangen, doch Krieglstein hatte das Geld nicht. Erst Mitte Dezember gelang es dann den beiden Schwindlern, Krieglstein noch 15.000 K abzuladen.

Devisenkurs.		
Prager Kurse am 24. November.		
	1000	1000
100 holländische Gulden	1370.50	1250.00
100 Reichsmark	801.12 1/2	705.12 1/2
100 belgische Belgas	489.75	472.75
100 Schweizer Franken	620.87 1/2	538.75
1 Pfund Sterling	161.55 1/2	164.75
100 Lire	141.05	142.45
1 Dollar	33.70	34.00
100 französische Franken	116.30	117.70
100 Tinar	19.45	19.65
10.000 magyarische Kronen	4.80 1/2	4.70 1/2
100 polnische Zloty	371.75	377.75
100 Schilling	475.75	475.75

Nach längeren Vertröstungen suchte Pöpperl von Krieglstein noch 6000 K zu einer Reife nach Berlin wegen des falschen Geldes zu erlangen.

Da Krieglstein wieder kein Geld hatte, forderte ihn Pöpperl auf, sich an vertrauenswürdige Personen zu wenden. Darauf trat Krieglstein mit dem am 17. Feber 1879 geborenen Zimmermeister Michael Giebl in Verbindung, der sich ebenfalls in schlechten finanziellen Verhältnissen befand. Giebl war mit dem Plane, dem Pöpperl 5000 K zu geben, wofür er 20.000 K falsches Geld erhalten sollte, einverstanden, gab dem Krieglstein 5000 K, welche dieser wieder dem Pöpperl übergab nebst 1000 K aus eigenem.

Nach längerer Zeit merkten sowohl Krieglstein, als auch Giebl, daß sie von Bachmann und Gengelen betrogen worden seien und beschloßen nun, die Fällung von Banknoten selbst in die Hand zu nehmen. Im Juli oder Anfangs August 1925 setzte sich Krieglstein mit dem am 21. Dezember 1884 geborenen Geschäftsführer Ernst Pressla ab, der wegen ins Endernehmen, der sich bereit erklärte, falsches Geld herzustellen. Es wurde verabredet, daß Pressla einen Drucker besorgen sollte, während Krieglstein einen Photographen ausfindig machen sollte.

Krieglstein verständigte Giebl von seiner Acquisition. Nun kamen Krieglstein, Pressla und Giebl in einem Karlsbader Gasthause zusammen und die beiden Ersteren mochten Giebl die Mitteilung, daß sie zur Herstellung des falschen Geldes alles bereit haben, nur die Platte fehle hierin noch. Giebl sollte den Umlauf der falschen Noten übernehmen, wozu er sich bereit erklärte.

Am nächsten Tage sagte Krieglstein dem Giebl, er habe gehört, daß in Graslitz ein Lithograph sei, er möge hinschreiben und ihn ausfindig machen. Am 13. September fuhr Giebl nach Graslitz zu dem Lithographen Josef Fischer und ersuchte ihn um Anfertigung von Riffsches zur Herstellung von 100-Kronen-Noten. Giebl versprach, am 17. oder 18. September nach Graslitz zu kommen und die notwendigen photographischen Platten mitzubringen. Fischer erstattete noch am selben Tage bei der Gendarmerie in Graslitz die Anzeige, die Gendarmerie rief ihn, zum Scheine auf den Vorschlag einzugehen.

Giebl sagte aber dem Krieglstein, daß er in Graslitz keinen Lithographen getroffen habe, aber in Falkenau habe er gehört, daß in Prachowitz ein solcher sei. Giebl wollte durch diese unrichtige Mitteilung angeblich den Krieglstein täuschen und von ihm die Uebergabe der Platte dadurch erreichen.

Krieglstein ging inzwischen zu dem am 21. April 1878 geborenen Photographen Josef Dürrschmidt, der ihm tatsächlich eine Platte von der Vorder- und eine von der Rückseite einer 100-K-Note anfertigte. Dürrschmidt fertigte auch zwei Abzüge der Note an und übergab sie dem Krieglstein.

Am 16. September fuhr Giebl mit den zwei Platten und vier Abzügen nach Graslitz zu dem Lithographen Josef Fischer und vereinbarte mit ihm, daß Fischer die fertigen Riffsches am 19. September nach Karlsbad in ein ihm bezeichnetes Gasthaus bringe. Fischer verständigte abermals die Gendarmerie, fuhr am 19. September nach Karlsbad, gab dort dem Giebl ein Paket mit den angeblichen Riffsches, wobei ihm Giebl dafür 30.000 K versprach. Fischer sagte aber, er müsse noch heute zurückfahren und Giebl möge ihm geben, was er habe. Giebl gab dann 100 K.

Das Sachverständigengutachten bezeichnet die Negative der 100-K-Note als gut aussehend, die Kopien sehr scharf, so daß sie zur Herstellung von Riffsches und guten Fälschungen benutzt werden könnten.

Im Herbst hatte Krieglstein den Vorstellungsphotographen Franz Kömpf in Wien zur Photographie von 100 K-Noten zu verleihten gesucht, was dieser aber ablehnte. Einen gleichen Versuch machte Krieglstein im Juni 1925 bei Oskar Föhl in Karlsbad, der zwar zum Scheine einwilligte, aber bei der Polizei in Karlsbad die Anzeige machte.

Wegen der geschilderten Handlungen wurden alle vier Beteiligten wegen verübter Banknotenfälschung angeklagt, Josef Krieglstein und Michael Giebl auch noch wegen der verübten Verleitung hiezu.

Bei der ersten Verhandlung erklärte sich das Kreisgericht Eger als zur Aburteilung dieses Falles nicht zuständig und verwies die Strafsache vor das Schwurgericht. Ueber Beschwerde der Staatsanwaltschaft Eger erkannte der Oberste Gerichtshof aber zur Entscheidung nicht das Schwurgericht Eger, sondern das Kreisgericht für zuständig.

Bei der nun am 23. d. M. vor dem Kreisgerichte Eger stattgefundenen Hauptverhandlung wurden die Angeklagten des verübten Verbrechens der Banknotenfälschung schuldig gesprochen und Josef Krieglstein zu acht Monaten schweren Kerker bedingt, Michael Giebl, Ernst Pressla und Josef Dürrschmidt zu je sechs Monaten Kerker bedingt verurteilt. Die Bewährungsfrist beträgt drei Jahre. Bei der verübten Verleitung zur Banknotenfälschung wurden Krieglstein und Giebl freigesprochen.

Volkswirtschaft.



Seit uralten Zeiten findet das Pelzwerk der Tiere Verwendung in der menschlichen Kleidung. Neben den schätzlichen Waldtieren kommen gewisse Feld- und Wassertiere in immer stärkerer Menge auch Hauszoo, wie Kaninchen, Lämmer, Hühner und Kagen, als Pelzlieferanten in Betracht. Freilich ist das Tragen von Pelzwerk heute ein Vorrecht der Reichen. Die seltensten Tiere der ganzen Welt müssen dazu dienen, das Luxusbedürfnis der Bourgeoisie in den Zentren Europas und Amerikas zu befriedigen. Der Mittelpunkt des internationalen Pelzhandels ist nach wie vor Lissabon.

Seit uralten Zeiten findet das Pelzwerk der Tiere Verwendung in der menschlichen Kleidung. Neben den schätzlichen Waldtieren kommen gewisse Feld- und Wassertiere in immer stärkerer Menge auch Hauszoo, wie Kaninchen, Lämmer, Hühner und Kagen, als Pelzlieferanten in Betracht. Freilich ist das Tragen von Pelzwerk heute ein Vorrecht der Reichen. Die seltensten Tiere der ganzen Welt müssen dazu dienen, das Luxusbedürfnis der Bourgeoisie in den Zentren Europas und Amerikas zu befriedigen. Der Mittelpunkt des internationalen Pelzhandels ist nach wie vor Lissabon.

Die kommunistischen Gewerkschaften sind nur ein Vollstreckungsorgan der kommunistischen Partei.

Ein vertrauliches Rundschreiben der Kommunisten.

Wir haben schon immer die Ansicht vertreten, daß die kommunistischen Gewerkschaften nichts anderes als Vollstreckungsorgane der kommunistisch-politischen Partei sind und nur benutzt werden, um die Geschäfte der Partei zu besorgen und außerdem nur das tun dürfen, was ihnen die kommunistische Partei befiehlt. Wir haben durch einen Zufall ein Rundschreiben der Sektion der Textilarbeiter des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes erhalten, welches ganz deutlich ausspricht, wie sich die Gewerkschaftsfunktionäre zu verhalten haben. Dieses Rundschreiben, welches streng vertraulich behandelt wird und für welches jeder Funktionär verantwortlich ist, hat folgenden Wortlaut:

Sektion der Textilarbeiter.

Rundschreiben Zahl 29/1926. Betrifft: Bildung der Parteifaktionen in unserer Organisation.

Reichenberg, am 6. August 1926.

Streng vertraulich!!

Werte Genossen!

Auf Grund der Beschlüsse des Parteicongres sind alle Kommunisten in den Betrieben und Körperschaften der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Untergruppen verpflichtet, die Bildung kommunistischer Fraktionen vorzunehmen. Wir teilen unseren Gruppenleitungen mit, daß in der Sitzung vom 6. Juni sich die kommunistische Fraktion in der Textilarbeitersektion des IAB konstituierte und zu ihrem Vorsitzenden den Gen. Wehbat (Prag VII., Sitteho ul. 954 I) wählte. Die Parteifraktion in der Sektionsleitung hat nun alle Gebietssekretariate der Sektion aufzufordern, die Bildung der kommunistischen Fraktionen in den einzelnen Gebietsleitungen ebenfalls durchzuführen. Die gestrige Sitzung unserer Exekutive unserer Gebietsleitung hat ebenfalls zu der Sache Stellung genommen und es als selbstverständlich betrachtet, daß die Bildung der kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gebietsleitung vorgenommen wird. Als Vorsitzender der Gebietsfraktion der Kommunisten in der Gebietsleitung der Sektion der Textilarbeiter wurde der Gen. Gröblich (Karlshof I Nr. 89 bei Reichenberg) bestimmt. Die Fraktion der Gebietsleitung hat nun weiter den Beschluß gefaßt, daß alle Ortsgruppen des Gebietes unverzüglich an die Bildung der Parteifaktionen in den Ortsgruppenleitungen unserer Organisation zu schreiten haben. Die Bildung und die Konstituierung der Fraktion ist in der Weise vorzunehmen, daß die Kommunisten, soweit sie Mitglieder der Ortsgruppenleitung sind, vor der nächsten Ortsgruppenleitungsitzung zu einer Besprechung der Kommunisten zusammenberufen werden, in welcher die Bildung

und Konstituierung der Fraktionen durchzuführen ist. Die Fraktion hat aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und Schriftführer zu wählen. Die Bildung der Fraktion ist dem Vorsitzenden der Gebietsfraktion (Gen. Gröblich) schriftlich bekanntzugeben und hat die schriftliche Bekanntgabe zu enthalten: 1. die Anzahl der Mitglieder der Ortsgruppenleitung, 2. die Anzahl der Kommunisten, 3. die genauen Adressen der Funktionäre der Ortsgruppenleitung, also des Obmannes, seines Stellvertreters, und des Schriftführers. Der Aufgabenbereich der Fraktion besteht vor allem darin, daß die Parteifraktion über die genaue Einhaltung der Parteilinie in der Tätigkeit der Gewerkschaft zu wachen hat, daß dieselbe alle Weisungen der Partei in Bezug auf die Aktionen zur Durchführung zu bringen hat und ferner untersteht der Parteifraktion die Aufgabe, vor jeder Sitzung ihrer Körperschaft zu der Tagesordnung derselben Stellung zu nehmen, diese Tagesordnung, soweit sie Punkte enthält, die mit den Parteinteressen gleichsam sind zu betonen und in allen Fragen eine einheitliche Meinung der Kommunisten herbeizuführen. Nach dem Beschluß des Parteicongres und den Weisungen der Parteifraktion sind alle Parteifunktionäre in den einzelnen Ortsgruppen der Gebietsfraktion unterstellt und für ihre Tätigkeit dieser, sowie der Reichsfraktion in der Sektionsleitung verantwortlich. Jedenfalls ersehen wir die Genossen in den Gruppenleitungen, sich vor ihrer nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit zu befassen und über das Ergebnis ihrer Beratungen an den Gen. Gröblich, als Gebietsfraktionsleiter, zu berichten.

Im Interesse einer vollständigen Durchorganisation der Gewerkschaft ist es aber notwendig, daß das Reg der Parteifraktion noch weiter ausgebaut wird und nicht allein auf die Ortsgruppenleitungen beschränkt bleibt. Die Gebietsfraktion verlangt nun von den Kommunisten in den Ortsgruppenleitungen den Ausbau der kommunistischen Parteifaktionen auf die Betriebe ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Es ist selbstverständlich, daß für jeden Betrieb eine Parteifraktion der Kommunisten in der Gewerkschaft gebildet werden muß. Wir fordern Euch daher auf, seitens der Parteifaktionen in den Ortsgruppenleitungen die Bildung der Betriebsfraktionen durchzuführen. In größeren Betrieben wird es sich aber auch empfehlen, daß Betriebsfraktionen in Unterfraktionen nach den einzelnen Betriebsabteilungen sich zu Unterfraktionen dieser Abteilung zusammenschließen. Alle Unterfraktionen der einzelnen Betriebsabteilungen bilden die Betriebsfraktion und diese wählt aus ihrer Mitte die Fraktionsleitung. Die Betriebsfraktionen unterstehen den Weisungen und Beschlüssen der Parteifraktion der betreffenden

Der gewalttätige Faschistensekretär ist mit dem Strafmass unzufrieden!

Herr Jaromir Bobuda, seines Zeichens Sekretär der Prager Faschisten, ist ein netter, liebenswürdiger Mensch. In einer Versammlung auf der Sophieninsel hatte er einen Beamten als höchstlichen Sozialdemokraten angegriffen und die Menge aufgefordert, ihn zu verprügeln, ja, er hatte selber tüchtig dreingehauen und seinen Faschisten mit dem wehrlosen Einzelnen nach faschistischer Rituale durch Schläge ins Gesicht des Beamten bewiesen. Er wurde dafür feinerzeit wegen leichter Körperlicher Verletzung zu 48 Stunden Arrest verurteilt, diese Strafe wurde ihm in 30 K Geldstrafe bedingt auf ein Jahr umgewandelt. Herr Bobuda war mit diesem milden Strafmaß unzufrieden. Eine Berufung laun das Hofrechtsgericht nicht verworfen, sondern, die den Vorfall „anders“ sehen, werden sie vielleicht auch in der Zwischenzeit zwischen den tatsächlichen Ritzern aufzuweisen lassen. Herr JUDr. Dusek, der große Politiker aus dem Faschisten-Verständnis, wird die Verteidigung übernehmen und die Sache wird vor einem einsichtigen Gerichtshof diesmal mit einem Freispruch enden. So hatte Herr Bobuda kalkuliert, aber die Rechnung war falsch. Das Gericht, ein Treibschere unter dem Vorsitz des OLGm. Cervenka, bestätigte das Urteil erster Instanz und verurteilte ihn noch zum Kostenersatz von K 120— der Verteidigung des Beamten, der von einem weiblichen Advokaten, Frau JUDr. Marie Blahova, recht gut vertreten wurde.

Kreibich in Mähr.-Trübau.

Da es für die Kommunisten unerträglich ist, auch nur einen einzigen Ort von ihren verbotenen Spaltungsversuchen verschont zu lassen, gingen sie auch nach Mähr.-Trübau, wo die Arbeiterbewegung bisher ungeipalten war und in ihrer Einigkeit eine achtunggebende Position innegehabt hatte. Mit dem ironischen Geschäfte, in das Mähr.-Trübauer Proletariat den Keil der Spaltung hineinzutreiben, wurde der Abgeordnete Kreibich betraut. Aber es kam wohl sehr schon gefast werden, daß das freie Beginnen mißlungen ist. Die am 21. im Sanktaale abgehaltene Versammlung war zwar massenhaft besucht, aber — von Sozialdemokraten. Gegen eine von sozialdemokratische Seite eingebrachte Resolution, die gegen die Spaltungsbestrebungen Stellung nimmt, wurde von kaum drei Dutzend gestimmt, in welcher Zahl auch schon die auf den Arbeit innerhalb der Arbeiterbewegung hoffenden und spekulierenden Nationalsozialisten inbegriffen waren. Der Verlauf der Versammlung war im ganzen ein ruhiger. Der Einbringer — der bekannte kommunistische Sekretär Bostupatsch — beschwor in seinen Begrüßungsworten die Anwesenden höchst überflüßigerweise, man möge die Versammlung nicht sprengen. Daran hatte natürlich niemand gedacht, die Sprengung mag nur im Wunsche des Herrn Bostupatsch gelegen haben, dem die große Zahl sozialdemokratischer Zuhörer beim Referate eines kommunistischen Redners begriffliches Unbehagen verursachte. Die Sozialdemokraten befanden nicht einmal auf der Wahl eines ihnen genehmen Vorsitzenden, um der Versammlung alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Dann sprach Abg. Kreibich über die weltwirtschaftliche Situation und über den deutschen Aktivismus. Sehr kurz, sehr milde, beinahe — man kann es nicht anders bezeichnen — „sozialdemokratisch“. Kritik der früheren Nationalpolitik, Angriffe auf die Aktivisten, über die antioziale Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik der Regierung. Sein Wort gegen die deutsche Sozialdemokratie, kein Wort von den „Verdiensten“ der Kommunisten. Kommunistisch war bloß die Einleitung, in der die falsche Theorie der Kommunisten von den objektiven Voraussetzungen zur sozialistischen Weltrevolution nach Kriegsende vorgetragen wurde. Aber auch der Einheitsfrontparasit ging Abg. Kreibich vorstellig aus dem Wege, selbst das Wort verriet er. Nur zur Förderung einer parlamentarischen Oppositionsfront schwang sich sein weltrevolutionärer Mut auf. Auch über Rußland sprach er nicht, wenn man von der fäulnis Behauptung absieht, daß dort allein neben den objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution auch die subjektiven vorhanden waren und verstanden wurden. Kurz Kreibichs Referat war eine überraschende Enttäuschung. Ihm erwiderte Senator Sen. Polach. Er zeipflüchte die kommunistische Geschichtswissenschaft von den objektiven Voraussetzungen des kapitalistischen Zusammenbruchs nach Kriegsende, vom Verlagen der Sozialdemokratie, wies den von Tag zu Tag wachsenden Widerspruch zwischen der bolschewistischen Doktrin und der realen Entwicklung Rußlands und deren Spiegelung in der Politik der Dritten Internationale und Rußlands selbst nach. Genosse Polach schilderte dann die Tätigkeit der tschechoslowakischen Kommunisten und insbesondere des Abg. Kreibich, ihre verwerfliche Tätigkeit in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung, ihre Bekämpfung der Sozialdemokratie. An der Schilderung des wirtschaftlichen Lages, der politischen Rechtslosigkeit, der Einschränkung der Freiheit der russischen Arbeiter zeigte er, wie wenig diese Verhältnisse dem sozialistischen Ideal entsprechen, wie wenig sie geeignet seien, für das sozialistisch weisere Proletariat einen erstrebenswerten Zustand darzustellen. Dann sprach er von den Revolution und Spaltungen im Lager des Kommunismus, von der Brutalität, mit der die jeweils zur Herrschaft kommende Gruppe die andere abtötet. Daß Sowjetruß, Trotski u. o. aus den mächtigsten Führern der Internationale zu „revolutionären Phrasendreschern“ und „politisch

urteilslosen Abenteurern“ degradiert werden, daß für sie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit aufgehoben werde und daß nach Moskauer Vorbild und Befehl den kommunistischen Führern auch anderswo, auch in der Tschechoslowakei, das politische Schicksal bestimmt werde, kennzeichnet den Bolschewismus. Für weissen Kommunismus wolle man das Proletariat zur „Einheitsfront“ führen? Kreibich oder Neurath? Polach sprach dann über die Unfruchtbarkeit der kommunistischen Politik auf parlamentarischem Boden und schloß seine Ausführungen mit einem leidenschaftlichen Appell an die Genossen, die sozialdemokratische Einheit und Geschlossenheit zu bewahren und alle kommunistischen Spaltungsversuche entschieden abzuwehren. In ähnlichem Sinne sprachen die Genossen Friedl und König. Im Schlußworte ward Abg. Kreibich des trockenen Tones kaff. Aber was er zur Rechtfertigung der Spaltungen, zur Entschuldigung für die Haltung kommunistischer Führer durch den obersten kommunistischen Rat (Polachs „Vorsichtsrat“ durch Katerin“) nannte er „eine Gemeinheit“ vorbrachte, konnte auf die Zuhörer nur komisch wirken. Auch die Retournellen von den verchiedenen Richtungen bei den Sozialdemokraten waren durchwegs vernünftig, ebenso die Versuche, die Gründung roter Gewerkschaften der Antierdamer Gewerkschafts-Internationale aufzulösen. Ebenso mißlang das Plaidoyer für Rußlands sozialistische Politik. Zum Mißlingen des Versuches, die gut sozialistische Arbeiterbewegung Mähr.-Trübaus auf kommunistische Irrwege zu locken, hat Herr Kreibichs Referat und Schlußrede wesentlich und ausschlaggebend beigetragen. Des Sekretärs Bostupatsch Glimmschere, am Schluß noch eine Verleumdung von Sozialdemokraten in die Versammlung hineinzuführen, war eine überflüssige kommunistische Wehrleistung.

Literatur.

Zehntes Abdruckheft der „Schönheit“ Verlag der Schönheit, Dresden N 24. Das System der Sonderhefte, das die meisten literarischen Zeitschriften angegriffen haben, bewährt sich auch bei der „Schönheit“. Jedes Heft bildet so in Text und Bildschmuck ein geschlossenes Ganzes, dem der Wert eines vornehmen Buches verliehen werden muß. Das zehnte Abdruckheft ist K. Müller gewidmet, einer der interessantesten Erscheinungen in der ethnologischen Kunst der Gegenwart. Der Meister kommt selbst zu Worte; er schildert in einem Aufsatz seine Lehrweise, in einem zweiten die von ihm begründete Methode der psycho-physiologischen Messungen. Glücklich zeigt auf, wie der gesprochene oder gedruckte Text durch ungerade Gesichtsbildung im Körper schafft und wie das Gemüt durch Sprech- und Gesangsübungen in diesen Sinne gestählt und befestigt werden kann. Es wäre zu wünschen, daß endlich auch die Pädagogen vom Joch von diesen modernen Lehren Kenntnis nähmen und sie zum Gemeingut der Erziehungsliebe machten. Hervorzuheben ist ein Aufsatz Dr. Vogels über Rhythmik und Gymnastik zur Verhütung und Heilung der Tuberkulose, der unserer Arbeiterbewegung manche wertvolle Anregungen nebenbunte. In kleineren Aufsätzen geht Glucke näher auf Einzelheiten seines Systems ein. Ganz hervorragend schön ist der Bildschmuck des Heftes gelungen. Anschließt der herrlichen Photographien und des vorzüglichen Papiers, das eine effiziente Reproduktion ermöglicht, muß der Preis der Schönheitshäfte (1,50 Mk.) als sehr niedrig bezeichnet werden. Den Turn- und Sportvereinen ist das Abonnement dieser künstlerisch und erzieherisch ausgezeichneten Zeitschrift sehr zu empfehlen.

„Vocoden Klempfist“ (Einfluss der Dummheit) ist der Titel einer Broschüre aus der Feder des Hünnerferenten P. Böschelabel vom „Bravo Club“, die in äußerst offener Art die letzten Erscheinungen im tschechischen politischen und literarischen Leben behandelt und die nationalistischen Gegereien der unverantwortlichen Elemente rückwärts blickend brandmarkt. Dem Inhalt entnehmen wir: Einfluss der Dummheit. Wozel! Die letzten Säulen der Moral. Der Fall Wiktor Novak. „Möchte distinkt“ und Schlußwort. Die geschmackvoll angelegte Broschüre wurde vom Verlag „Dobrá Věc“ in Prag XII, Alnabrad 27, im Preise von K 1,00 herausgegeben. Wir werden auf die interessante Schrift noch eingehend zurückkommen.

Bereinsnachrichten.

L.S. „Die Naturfreunde“ Prag. Sonntag, den 28. November: Kostl, Weiser Berg, Elber, General, Prag. Treffort: 14er Uhr Kostl, 19 Uhr. Führer gewählt. — Generalversammlung der Ortsgruppe am Mittwoch, den 1. Dezember im Cafe „Rizzo“. — Wintersport-Sektion der „Naturfreunde“ Prag. Anmeldungen zum Troden-Ski-Kurs am Donnerstag, den 25. November, 7-8 Uhr, im Verein deutscher Arbeiter, Smolagasse, Topon. Veselá, 2. Stock. — Der Verband für Arbeiter-Wintersport-Touristik veranstaltet am Dienstag, den 30. November, um halb 8 Uhr abends, im „Edovyn ein“, Saal der Veselá, einen tschechischen Licht-Bilder-Vortrag nebst Film über den Ski-Sport. Die Mitglieder der „Naturfreunde“ und des Arbeiter-Turnvereins sind dazu eingeladen.

Genossen! Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Handarbeiten Kochrezepte Geschichten Hausmittel Ratschläge Märchen Bilder Rätsel Witze usw. bringt die „Schicht-Post“, die man gratis zu jedem Kilo Schicht-Markenwaren in jedem einschlägigem Geschäfte erhält. Verlangen Sie, wenn Sie von nachstehenden Waren, einzeln oder zusammen, 1 kg kaufen eine Nummer der „Schicht-Post“. Zu 2 kg zwei Nummern! Schicht-Markenwaren sind: Hirschseife, Terpentinseife, Frauenlob, Schwanseife, Schwanseifenfloeken, Ominol, Ceres, Visan und Rita-Margarine. Die Auflage der „Schicht-Post“ ist 2 Millionen. Gratis zu jedem Kilo Schicht-Ware.

Kunst und Willen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Jenuša“ (M-3). Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der große Bluff“ (M-1). — Samstag, 7 1/2 Uhr, Festvorstellung zugunsten des Deutschen Theatervereins: Ensembleoperaspiel des Wiener Staatsoperballetts. — Sonntag, 11 Uhr: Komödie: 10 Uhr, Arbeitnehmersaal, Galtz. Vesp. Kramer: „Kaidan der Welts“; 1 Uhr, Uraufführung: „Ich und Du“. — Montag, 7 1/2 Uhr, Beethoven-Fest: Philharmonisches Konzert. Spielplan der Meinen Bühne. Donnerstag Galtzspiel Vesp. Kramer: „Der Gatte des Frau-letts“. — Freitag, Kulturverbandvorstellung, Galtz. Vesp. Galtz-Kramer: „Frau Warents Gewerbe“. — Samstag: „Reiner Tisch“. — Sonntag, 8 Uhr: „Kopf oder Schwanz“. 7 1/2 Uhr, Uraufführung: „College Crampyon“. — Montag Bankkassenthorheit: „Der große Bluff“.

Turnen und Sport.

Arbeiterport. „Gleichheit“ Weiskirchlich gegen A. S. A. Archwitsch 3:5 (1:2). Diesmal gelang es den Archwitschern, einen verdienten Sieg über Weiskirchlich davon zu tragen und die letzte erittene Niederlage wieder wegzumachen. Dazu spielte Archwitsch noch mit Erjay und Weiskirchlich in kompletter Aufstellung. Ist auch das Resultat dem Spiel entsprechend nicht ganz richtig, so sprechen doch Tatsachen dafür, daß Archwitsch verdient gewonnen hat. Sie brachten vor allem etwas mit, was „Gleichheit“ in letzter Zeit gänzlich verloren hat. Siegestulle und Aufsperrung. Schon dieses machte das Was des Resultates aus. Des weiteren legten sie sich ein sehr zweckmäßiges System zurecht. Schnelle Angriffe ohne Rücksichten und Schutz bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Schon die ersten fünf Minuten luden sie mit zwei Treffern im Vorsprung, welchen sie auch sehr geschickt und zäh zu halten wußten. Die Weiskirchlicher Mannschaft, durch diese Ueberumpelung sichtlich deprimiert, findet sich nicht zusammen. Jedem legen noch einige Spieler eine bewundernswürdige Gleichgültigkeit zur Schau, so daß eine einheitliche Leistung nicht zustande kommen konnte. Nach Halbzeit gelang es Archwitsch, in kurzen Zeitabschnitten noch drei Treffer vorzuliegen. Jetzt erst rafft sich Weiskirchlich auf und zeigt ein schönes Angriffsspiel. Zwei Tore werden aufgeholt und schöne Chancen verfehlt. Das traditionelle Schußspiel der Stürmerreihe stellte sich auch hier wieder ein. Zur Kritik der Mannschaft wäre zu bemerken, daß Archwitsch als Ganzes eine sehr gute Leistung bot. Ihre besten Leute fanden im Galtz, Mittelstürmer und linker Verteidiger. Bei Weiskirchlich die Verteidigung, Karli und Goltz gut. Die fünf Tore fallen zum größten Teil dem Torwart zur Last, der einen sehr

schlechten Tag hatte. Die Haiströße kam erst nach Halbzeit in Schwung, während die Stürmerreihe überhaupt nicht mehr in Schwung zu bringen ist. Es mangelt vor allem am Torhüter und an Energie. Schiedsrichter Witzgen sehr gut. A. S. A. Pihanten 1a gegen Schallan 1a 8:0 (Eden 11:3). Ein schönes, aber etwas zu scharfes Spiel, welches S. A. Schallan mit zehn Mann austrug. Pihanten, sehr überlegen, kann in der letzten Minute den ersten Treffer erzielen. Die Gäste verließen nun ihrerseits, dem Tor der Gastgeber gefährlich zu werden, was aber an der prüfenden Wintermannschaft scheitert. Pihanten kann in der 19. und in der 44. Minute vor Galtz das Resultat auf 3:0 erhöhen. Nach Halbzeit kann S. A. Schallan nicht verhindern, daß Pihanten, welche nun fast ständig das Tor der Gäste belagern, in der 20., 22., 28., 38. und 40. Minute erfolgreich ist. Dem Torwart der Gäste trifft an der Niederlage keine Schuld. Tore erzielen Jelski (2), Waier (1), Kislinger (2), Worel (2), Lado (1). Schiedsrichter Nepo-Radmantel gut. Einigen Mitgliedern des Deutschen Sportsklubs Pihanten möchten wir anraten, die Spieler nicht durch fortwährendes Schreien und Jurnen zu stören, da wir sonst gezwungen wären, diese Kadaverbiter vom Platz zu weisen. B. A. „Gleichheit“ Ledowitj 1a gegen A. S. „Gedwing“ Dux 1a am 21. November in Ledowitj 1:5 (1:3). „Gleichheit“ mit zwei Ergänzungen, welche bei weitem nicht den Forderungen des Spielers war sehr lebhaft von beiden Seiten geföhrt: durch das Fehlen des Mittelstürmers fand sich der Sturm nicht zusammen. Viele Chancen wurden verpasst. Auch hier machte der Schiedsrichter eine grobe Fehlentscheidung und es ist bedauerlich, wenn der Torrichter solche Angaben macht und damit seine Einseitigkeit bekundet. Durch diesen Vorfall ist „Gleichheit“ etwas entmutigt und konnte außer zwei Eden nichts errischen. Dux konnte noch in der zweiten Halbzeit zwei Tore, davon wird ebenfalls eins angeerwehlt, anholen. Zu erwähnen ist noch das unparteiische Verhalten von Seiten des Lager-Baldschichten-Tourist-Vereiniger „Gleichheit“-Spieler. Beide Mannschaften waren befreundet, das Spiel ruhig zu Ende zu führen. Dux spielte mit derselben Aufstellung wie am Vorkamstag und zeigte zeitweise gute Leistungen. Dem Erjaymann Dank für „Gleichheit“ wäre zu empfehlen, mehr zu lauten und weniger zu sprechen. Schiedsrichter Wäntber-Dux bis auf die Fehlentscheidungen unschuldig. „Victoria“ Jukmantel gegen „Union“ Teplitz 5:2. Deutsch-russische Aderweitskampfe? Die Spartenkommission der Verein Rudewer und Kauspauer im 1. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportsklub hat einen Antrag angenommen, wonach der tschechische Ausschuss beauftragt wird, beim Landesvorstand zu beantragen, daß zur nächsthörigen Rapats die russischen Rudewer eingeladen werden. Herausgeber Dr. Ludwig Gzsch Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Nitzsche. Für den Druck verantwortlich: O. Hottel. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.